

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei im Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,36 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

**Insertionsgebühr**  
beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

### Es gruselt!

Der rothe Lappen muß dem liberalen Philister so lange vor der Nase hin und her geschwenkt werden, bis er glaubt, es sei der Feuerschein der brennenden Städte! Diesen guten Rath ertheilte 1878 ein konservativer Staatsmann seinen Freunden, als man daran ging, das Sozialistengesetz zu machen. Der Rath ist befolgt worden und wird heute noch befolgt; aber nicht allein von Konservativen, sondern auch von Liberalen.

In der Breslauer „Morgen-zeitung“ hat Herr Alexander Meyer aus Genaueste ausgerechnet, daß das Sozialistengesetz abgelehnt werden wird. Die absolute Majorität bei vollem Hause, sagt er, beträgt 199 Stimmen; National-liberale, Frei- und Deutschkonserervative aber, die unbedingten Anhänger des Gesetzes, verfügen zusammen nur über 153 Stimmen. Die fehlenden Stimmen, meint dann der schlaue Herr, oder Gemüthe-Meyer, müsse das Centrum aufbringen. Und das wolle es nicht.

Schon gesagt! Allein die Rechnung hat insofern ein Loch, als man mit einem vollbesetzten Hause nicht rechnen kann. Am Tage der Abstimmung werden Konservative und Nationalliberale vollständig, soweit man davon reden kann, vertreiben sein. Von den größeren oder geringeren Lücken, die das Centrum und die Linke aufweisen werden, hängt der Ausfall der Abstimmung ab. Wir fürchten sehr, daß man Viele sehen wird, „die nicht da sind“.

Andererseits sucht auch die „Konservative Korrespondenz“ den Glauben zu erwecken, ihre Partei rechne nicht mehr auf den Fortbestand des Gesetzes. Man hängt an, sich mit dem Gedanken veriraunt zu machen, daß man sich daran gewöhnen muß, ohne Sozialistengesetz auszukommen, sagt das konservative Organ. Es fügt hinzu, man werde der „bürgerlichen Demokratie“, d. h. der freisinnigen Partei, den Konkurrenzkampf mit der Sozialdemokratie nicht länger ersparen, damit diese sogenannte bürgerliche Demokratie die zu ihrer „Besserung“ notwendigen praktischen Erfahrungen mache. Hier wird also der Bourgeoisie mit der vom Ausnahmegesetz befreiten Sozialdemokratie ge- droht.

Man könnte billiger Weise darüber erstaunen, daß sowohl von liberaler wie von konservativer Seite das Ende des Sozialistengesetzes so ganz unverblümt angekündigt wird. Wenn die Ankündigung auf Wahrheit beruhen sollte, so würden wir sicherlich darüber nicht betrübt sein. Allein solche Ankündigungen, soch anscheinend trübselige Reflexion sind dem Sozialistengesetz resp. dessen Verlängerung immer vorhergegangen. Man hat damit dem Bürgerthum resp. dem liberalen Philister ein gelindes Gruseln beigebracht. „Wohin sollen wir denn kommen,“ fragt

entsetzt der dicke Weißbierphilister am Stammtisch, „wenn das Sozialistengesetz wegfällt? Da halten wieder die Sozialdemokraten so viel Versammlungen ab, daß man um seine Ruhe kommt. Und unsere Ruhe wollen wir doch haben.“

So wird die „Stimmung“ des Philisters dem Gesetze günstig gemacht und Niemand gewinnt dabei als die Konservativen, denn der Liberalismus gräbt sich durch die Beschränkung politischer Freiheiten selbst den Boden ab. Dem Spießbürgerthum gegenüber ist es denn auch leicht zu verantworten, wenn das Gesetz trotz aller freisinnigen Vorfälle doch wieder verlängert wird. Wenn das Gruseln bei dem Philister einmal begonnen hat, ist ihm keine Maßregel mehr zu reaktionär. Und nichts ist leichter, als den Philister vor dem Sozialismus gruselig zu machen.

Davon wird auch Herr Windthorst Erlösung hoffen, denn er befindet sich jetzt in einer Situation, die ihm sicherlich viel Kopfzerbrechens macht. Von den Freisinnigen wird diesmal, wie es scheint, Niemand für das Sozialistengesetz stimmen; die sich nicht entschließen können, dagegen zu stimmen, wie Forckenbeck und Genossen, werden nicht da sein. Die ganze Schuld an der Verlängerung des Gesetzes wird diesmal auf das Centrum fallen, denn nur diese Partei kann die Stimmen stellen, die zu einer Verlängerung des Gesetzes erforderlich sind. Das ist Herrn Windthorst gar nicht angenehm, denn man wird dies in den Rassen sehr übel vermerken, wenn es auch die gruselig gemachten Philister als ein Verdienst anrechnen.

Wir glauben nicht, daß es den Herren vom Freisinn und vom Centrum Ernst ist mit ihrer Opposition gegen das Sozialistengesetz. Innerlich sind sie ganz froh darüber, wenn das Gesetz bestehen bleibt, und diejenigen von ihnen, die für das Gesetz stimmen, waren eigentlich aufrichtiger, als jene, die dagegen stimmten. Das mag seltsam klingen, aber es ist so. Wenn sich im Sozialismus die Ansprüche des Proletariats, in der Arbeiterbewegung die Geltendmachung dieser Ansprüche darstellen, so wäre es ein einzig dastehendes Beispiel in der Geschichte, daß die herrschende bürgerliche und aristokratische Klasse sie hätte ohne Gegenmaßregeln erheben lassen. Auch die Länder nach den freiesten Staatsverfassungen sind auf solche Maßregeln vorgesehen und es kommt nur auf die jeweilige Prognis der Regierungen an, ob sie die entsprechenden Gesetze anwenden wollen, oder nicht; Gesetze, um die Ansprüche des Proletariats abzuweisen oder in Schranken zu halten, sind aber überall vorhanden.

Wir wünschen natürlich sehr, daß das Gesetz abgelehnt werde, wir glauben es aber nicht hoffen zu dürfen. Käuschen wir uns, desto besser.

Sollte es den Konservativen aber Ernst sein mit der

Drohung, die Sozialdemokratie zu entzweifeln, um ihr den Kampf gegen die Bourgeoisie zu erleichtern, so glauben wir die Sozialdemokratie besser zu kennen, als die Herren Junker. Wenn sie hoffen, die Sozialdemokratie als Sturmbach gegen den Liberalismus und die Bourgeoisie gebrauchen zu können, so irren sie sich ganz bedeutend. Es wird den Arbeitern gar nicht einfallen, den Junkern die Kasanien aus dem Feuer zu holen.

### Politische Uebersicht.

„Des Lebens ungemischte Freude ward keinem Sterblichen zu Theil!“ — so mußten wir unwillkürlich ausrufen, als wir den Leitartikel in Nr. 122 des Kanzlerblattes, der sich mit uns in eingehender Weise beschäftigt, gelesen hatten. Unsern Lesern, welche die „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht zu Gesicht bekommen, wollen wir zunächst mittheilen, daß dieselbe unsern Artikel „Der Streik von Decazeville“ in der Hauptsache abdruckt. Wir bekommen dabei folgende Schmeichelei zu hören: „Das „Berliner Volksblatt“, ein in sehr anständigem Ton gehaltenes, mit großer Nachsicht redigirtes Organ der Sozialdemokratie, läßt sich über den Streik zu Decazeville folgendermaßen aus.“ — Nachdem nun das Kanzlerblatt diejenigen Stellen aus unserem Artikel zitiert, welche darauf hinweisen, daß die französischen Arbeiter den Staat veranlassen wollen, die Bergwerke zu verstaatlichen und die assoziierten Arbeiter zu überlassen, fährt es fort: „Wir wissen nicht, ob die Bourgeoisie noch eines eindringlicheren Avertissements bedarf, um die Gefahr zu begreifen, von welcher ihr Besitz bedroht ist; denn — um mit dem „Berliner Volksblatt“ zu sprechen — nicht die Decazeviller Gruben allein kommen bei der ins Auge gefaßten Reihoboh, die heutige Gesellschaft auf „legalem Wege“ außer Besitz zu setzen, in Betracht. Natürlich unter einer bestimmten Voraussetzung. Denn auch in Decazeville würde das „alte Gesetz“, von welchem oben die Rede ist, wenn es überhaupt existirt und noch in Kraft steht, insofern es die Nutznießung wegen Nichtgebrauchs aufhebt, gewiß nicht zu Gunsten Derer angewendet werden können, welche den Berechtigten den Gebrauch durch unerfüllbare Forderungen und Arbeitseinstellungen unmöglich gemacht. Diese können immer nur auf Erfolg rechnen, wenn die Staatsgewalt entweder nicht mehr die Macht hat, den gegenwärtigen Besitzstand zu vertheidigen, oder nicht Lust hat, weil sie selbst den sozialdemokratischen Aspirationen zuneigt. In dem einen wie im anderen Falle aber wird sich die Sache ganz von selbst machen; die Sache aber ist die, daß die Sozialdemokratie,

### Feuilleton. Der Trödler.

Roman von A. C. Brachvogel.  
Erstes Kapitel.

Unter den bunten Erinnerungen meiner Jugend lebt noch ein mächtiges, düsterblickendes Schloß zu B. . . . Die schmalere Seite desselben lag nach der Elisabethgasse, seine längere blickte auf die sogenannten Schragen. Diesen Namen führte damals nämlich eine doppelte Reihe von Buben, welche, mit dem Rücken gegen einander gelehrt, längs der einen Seite besagten Hauses hinlief, so daß nur ein schmaler Bürgersteig dazwischen lag. — Das hohe Alter dieser Holzkaraden war nicht nur aus ihrem desolaten Zustande, sondern auch aus der Thatfache ersichtlich, daß laut alter Gerechtfame die Buben ihren Besitzern sammt Grund und Boden erbeigentlich gehörten und, genau wie jedes andere Grundstück, ihr besonderes Hypothekensollum und Feuerkataster besaßen. Nun freilich ist Alles anders geworden, man sagt, es sei besser! Die alten Schragen, halb verfault und mühsam unter dickmoosigen Dächern stehend, auf welchen sich alle verslogenen Wälle und zerfissenen Drachen der Straßenjugend mit noch manch' Anderem zusammenfanden, was etwa unverschämte Bewohner der nahen Häuser zu gegenseitigem Nerger nächstlicher Weile auf sie zu werfen beliebten, sie sind nun trotz Privilegium und verbrieftem Besitz verschwunden. Wohl steht erwähntes Schloß noch, aber es hat nicht nur einen modernen, hellen Delanstrich, sondern auch im ersten und zweiten Stock zierliche Balkons von Bronze erhalten, und die strahlenden Läden des Parterres mit ihren großen Spiegelscheiben, den leuchtenden Wunderdingen aus Paris und London, so dahinter im buntem Chaos aufgeschichtet liegen, geben ihm ein verweirfelt glattes, parfümirtes Wesen, welches all den Reiz verweist, den das Haus noch in den dreißiger Jahren in reichem Maße besessen. So brillant sein jetziges Aeußere ist, so alltäglich ist's auch, und dergleichen Balkons, Spiegelscheiben und flimmernde Läden kann man überall sehen.

Doch ein Haus, so majestätisch erast, absonderlich und alterthümlich, so erfüllt von eigenhümlicher, räthselhafter Poesie, wie der „kalte Stein“ vor alten Zeiten war, erblickt man, außer in Nürnberg etwa noch, nicht wieder, man kann schwerlich jetzt bei ihm vorübergehen, ohne daß Einem recht kalt und jämmerlich ums Herz wird, ach, und eine Geschichte hängt an ihm, welche, mehr noch als der moderne Firniß des alten Baues, den ewigen Wechsel alles Irdischen verkündet. —

Vormals trug jedes Grundstück in deutschen Städten seinen besonderen Namen, der entweder nach einer alten Familie, einer geschichtlichen Begebenheit, oder von der Laune und dem Geschmack seiner Erbauer gewählt wurde. Dieses Gebäude nun leitete den seinen von einer örtlichen Urfache, einem gewaltigen Granitblock her, den der Erbauer gerade an der Ecke des Hauses angebracht und zu zwei Dritteln in den Grund gefügt hatte, um den dicken Strebepfeilern unnötiger Weise noch einen Halt zu geben. Das ungefähr noch vier Fuß aus dem Boden ragende Ende des Blockes war durch den Steinmetzen zu einem unformlichen Schnörkel gestaltet worden, der einem rückwärts gebogenen Fragezeichen oder einer arabischen Zwei nicht unähnlich sah. Da nun die stärkste Sonnenhitze nicht im Stande war, die feuchte Kälte zu überwinden, welche den Granitblock von unten her durchdrang, war er stets kalt wie Eis, und seit Dlim's Zeiten nannte man das Haus nach ihm. Ich weiß nicht, wer die Fabel ausgesprengt: dieser Stein halte das ganze Gebäude; es müsse ganz sicher zusammenbrechen, würde der Block, welcher für die Passage allerdings kein Vortheil war, entfernt. Diese Narrheit wurde aber von Alt und Jung geglaubt, und legte wohl den ersten Grund zu jener neugierigen Scheu und einer geheimnißvollen Angst, mit welcher der „kalte Stein“ angeblickt wurde, und die nach und nach auf Alles, was das Haus und seine Bewohner anging, übertragen ward.

Einer alten Inschrift am Hofthor zufolge ward das Grundstück bereits 1526 erbaut. Die übermäßig dicken Mauern des Erdgeschosses widerlegten nicht allein das erwähnte alte Märchen, sondern wiesen auch, ebenso wie die breiten, unregelmäßigen Pfeiler, die schönen gothischen

Böhlungen der alten Lädenräume, des Hausflurs und der Einfahrt, die Bogenfenster des Parterres, die steinerne Wendeltreppe mit architektonischen Zierrathen, endlich der hohe Dachstuhl mit statlichem Giebel, das Schieferdach selbst mit seiner doppelten Reihe von Bodenlaken und den dickköpfigen Schornsteinen, auf den mittelalterlichen Ursprung desselben hin. Die drei Stockwerke über dem Erdgeschoss indes gehörten offenbar einer späteren Epoche an. Die zahlreichen Fenster derselben, schon an sich nicht groß, waren sämmtlich unter den Brüstungen mit dicken Fruchtquirlen von Stuck geziert. Auf dem obersten Sims des Hauses, nach den Schragen zu, prangten fünf barocke Steinvasen, und drei andere schmückten den pomphaften Giebel nach der Elisabethgasse, dessen bauchige Mäuler zu massigen Arabeskenhöckern benutzt worden, während die Ecken des Gebäudes und die Bogen der Hausthore Einfassungen von abwechselnd vor- und zurückspringenden Werksteinen hatten, wie man auch noch an Renaissancebauten findet. Auf der Elisabethgasse vier, nach den Schragen hin acht Fenster breit, beherrschte der „kalte Stein“, sowohl was Ausdehnung wie Alter betraf, alle Häuser der Nachbarschaft mit seiner mürrißcher Grandezza. Denke man sich dazu noch seine schwarzgrünliche, verwitterte Farbe, die Menge alter Sprünge auf seiner dicken Kalkkruste, den Runzeln im Gesicht eines Greises nicht unähnlich, und das breite Schild, welches auf schwarzem Grunde die goldene Firma: Gotthold Josua Hennings, des Besitzers, auf beiden Seiten des Hauses trug und über die Schragen stolz herüberblickte, so hat man ungefähr eine Vorstellung jenes „kalten Steins“ zu B., der die Phantasie von Jung und Alt so angelegentlich beschäftigte.

Die eine Hälfte des Erdgeschosses ward von der Droguerie- und Productenhandlung des Herrn Josua Hennings eingenommen, und bestand aus dem Laden für den Detailverkauf, dessen Eingang nach der Elisabethgasse lag, und einem rechts daranstoßenden Vorrathsgewölbe, welches mit einem ähnlichen Raume, der Packkammer, in Verbindung stand, die an den Hof stieß und durch denselben gleichfalls betreten werden konnte. In der Tiefe des Verkaufsladens führte eine Glashür zu dem geräumigen



welche, so oft im Kleinen etwa der Versuch gemacht wurde, auf einem von der Kultur noch nicht belebten Boden Gemeinwesen nach dieser oder jener Theorie zu gründen, täglich Hiaslo gemacht, an die Verwirklichung ihres Zukunftsstaates nur denken kann unter der Voraussetzung, daß ihr die durch eine mehr als tausendjährige Kulturarbeit erworbenen Güter zur Abwirthschaftung ausgeliefert werden.“ — Nach dieser Auseinandersetzung ist es nicht schwer, den Grund zu finden, weshalb uns die „Nordd. Allg. Ztg.“ so sehr gelobt hat: Wenn ein so anständiges sozialdemokratisches Organ, ein mit so großer Umsicht redigirtes Blatt die sozialdemokratischen Affixions- und Verstaatlichungsideen so entschieden und energisch ausdrückt —, dann kann man sich denken, wie erst die von allen Fesseln freien Gedanken der Sozialdemokraten beschaffen sein mögen. — Bourgeoise, die Sozialdemokraten wollen Deine Erbschaft antreten, sie wollen sich nicht nur in Dein Kapital, sie wollen sich auch in Dein Fell theilen. Also wehre Dich, so viel Du kannst, unterstütze wenigstens hier in Deutschland die Staatsgewalt, auf daß sie Macht behält, mit einem Worte: „Bewillige das Sozialistengesetz!“ Das ist der Grundgedanke in dem ganzen Artikel und auch der Grund des Lobes, welches uns das Kanzlerblatt zollt. Und wenn wir auch, da wir nun doch einmal schwache Stenographen sind, gegen Verlobungen nicht unzugänglich sind, so merken wir doch in diesem Falle die Absicht und wurden ein klein wenig verstimmt.

Die „Frankfurter Zeitung“ hat einen ganz neuen und eigenartigen Grund entdeckt, warum alle „freistänig“ Denkenden der Vermehrung der sozialistischen Abgeordneten entgegenzutreten müßten: weil nämlich jeder sozialistische Wahlerfolg nur die Kraft der bestehenden Klassen steigere und damit eine absolutistische Regierungsgewalt fürde, welche jene Angst gewissenlos ausüben werde, um die Freiheit des Volkes mehr und mehr in Fesseln zu schlagen. Wenn das Organ der süddeutschen Demokratie am Schlusse seiner Auslassungen die gesammte „Nation“ ermahnt, eine derartige Konstellation zu verhindern, so fehlt nur noch, daß sie die Arbeiter direkt aufforderte, das Wählen in Zukunft an den Nagel zu hängen, um — der Freiheit des Herrn Sonnemann eine Waffe zu bahnen. Derartige Ausführungen sind gewiß recht ungehörlich, denn der Arbeiterklasse steht die Erkenntniß heute unaufröhrlich in Fleisch und Blut, daß nur eine unmittelbare Vertretung der untersten Klassen etwas für dieselben thun kann und thun wird. Aber wie praktisch bedeutungslos der Artikel der „Frankf. Ztg.“ auch sei, ebenso bezeichnend ist er dafür, wie die süddeutsche Demokratie sich mehr und mehr auf die Kreise zurückzieht, deren Interessen sie immer befördert hat, wenn sie sich auch noch so sehr als Vertreterin des ganzen Volkes aufspielte, wie sie mehr und mehr in Gegensatz zu den Bestrebungen des Arbeiterstandes tritt, um desto feiteren Anschluß an die Masse der anderen bürgerlichen Parteien zu gewinnen. Nicht vorwärts schreitet diese Demokratie, die einst um der deutschen „Freiheit“ willen lieber noch auf die deutsche Einheit verzichten wollte, sondern, vor den Folgen ihrer Thaten ersärend, mehr und mehr nach rückwärts. Sie fühlt nicht einmal mehr Scham, sich Bismarck bestens zu empfehlen, da mit einem Dugend windelweicher, gestimmungsbüchtiger bürgerlicher Demokraten doch etwas anzufangen sei, mit einem Dugend fanatischer Sozialdemokraten aber gar nichts. — „Wann hätte zum Beispiel.“ so polemisiert die „Frankfurter Zeitung“ gegen das Kanzlerblatt, „die Sozialdemokratie sich von der Opposition gegen die Bismarcksche Politik getrennt? Nirgend, dagegen geht sie häufig weiter, als jede andere Opposition; so verweigerte sie erst in dieser Session wieder den ganzen Etat, ein Votum, das als parlamentarische ultima ratio doch weiter nichts besagt, als daß die Regierung abdanken und einer anderen Platz machen soll. Die Sozialdemokraten gehen eben „auf's Ganze“; ob sie das weniger schädlich macht, als die Parteien, die der Regierung im Einzelnen entgegenzutreten, mögen die Gelehrten der „Nordd. Allg. Ztg.“ mit sich ausmachen.“ — Gewiß sehr brav gesprochen! Bismarck müßte wirklich ein Herz von Stein haben und sich schlecht auf seinen Vortheil verstehen, wenn er auf solche verschämte Andeutung nicht hören sollte. — Nehmen wir einmal den Fall an, es würde der Regierung gelingen, die Opposition der steigendsten Bürger um den Preis der Verdoppelung oder Verdreifachung der sozialdemokratischen Abgeordneten auf eine kaum nennenswerthe Minderheit zu reduzieren, so erhebt sich die Frage: Was dann? Glaubt man, mit sechzig oder achtzig Sozialdemokraten so ohne Weiteres fertig zu werden? Wir sind der Ansicht, daß die sozialdemokratische Propaganda im Lande nicht nur einfach, sondern quadratisch mit der Zahl der sozialistischen Abgeordneten wachsen wird und daß die Regierung in einem gefährlichen Irthum besangen wäre, wenn sie glauben sollte,

Komptoir, in welchem Herr Hennings mit seinem Buchhalter Schurrig zu thronen pflegte, und dessen vergitterte Fenster an der breiten Seite des Hauses auf die Schragen hinauszugingen. Machte man, an der inneren Budeurde stehend, ein paar Schritte an besagten Fenstern vorbei, so kam man bei der etwas höher gelegenen Hausthür, zu welcher ein paar Stufen führten, vorüber. Zwischen dieser und der großen Einfahrt in den Hof, deren schwere, eisenschlagene Thorschwelger wegen des regen Verkehrs der Frachtgüter am Tage immer offen standen, befand sich noch ein Laden und daneben ein Keller, dessen alte hölzerne Läden vom Regen geschwärzt und zeragt waren. Den Laden selbst, durch eine schmale Glas Thür und ein vergittertes Fenster erleuchtet, hatte ein Posamentier, Namens Pinkert, inne, welcher ziemlich wohlhabend und Besitzer einer total rothköpfigen Familie war. Mit einer Verachtung ohne Gleichen blickte Herr Pinkert von seinen Thürstufen, ein krummes Bein über das andere gekreuzt und an die Thürpfosten gelehnt, auf seinen Nachbar im Keller nebenan, über dessen Öffnung, gerade unter des Posamentiers Fenster, das klapprichte Schild mit der verbliebenen Aufschrift: „Justus Schäplein, Trödler“ und ein ähnliches Seitenstück: „Ein- und Verkauf von alten Sachen“ gerugsam das Gewerbe des Insassen bezeichneten. Zwischen Pinkert und Schäplein bestand eine Art kleinen Kriegs zur großen Belustigung der Schragenleute, welche tagtäglich auf Beirde herüberschauten und, wie der Chorus im alten Trauerspiel, nicht umhin konnten, alle Vorkommnisse mit einem lauten Sermon zu begleiten.

Die starken, schwarzgestrichenen Läden von Eisenblech, welche sämmtliche Thüren und Fenster des Erdgeschosses während der Nacht schlossen und durch eiserne Stangen wie mächtige Schloffer von außen und innen gesichert waren, am Tage aber ineinander geklappt und seitwärts durch starke Haken gegen den Wind befestigt werden konnten, versant mit einem schrägen Wetterdach, welches von der Ecke des Hauses unter der Firma Hennings hinweg bis zum Chore der Einfahrt reichte, vollendeten das frohig-melancholische und doch so räthselhaft anziehende Gesamtbild des „kalten Steins“ von ehemals.

diese Geister, wenn sie dieselben einmal gerufen hat, los werden zu können.“ — Daß die Regierung ihr sehr unangelegene Geister gerufen hat oder jemals rufen wird, glaubt die Frankfurter wohl selber nicht. Aber die Regierung hat auch die süddeutschen Demokraten nicht unterstützt und hier möchte die Frankfurter wohl gern eine Nenderung sehen. — Wir haben uns in diesen Handel nicht hinein zu mischen. Je eher die bürgerliche Demokratie gezwungen sein wird, ihre Maske zu lüften und ihre täuschende Familienähnlichkeit mit anderen bürgerlichen Parteien zu verrathen, von denen sie sich nur im Temperament unterscheidet — um so eher werden wir mit ihr fertig sein. Wenn sich die anderen Parteien mit jedem Wahlerfolg der Arbeiter in die Arme des Bismarckismus werfen — um so besser für uns, denn um so klarer wird hervortreten, auf welcher Seite die idealen Güter der Menschheit noch hochgehalten werden. Wir können nur gewinnen! Und ob das Bürgerthum im Sumpf des Bismarckismus unterfinkt, — kann es sich selber nicht davor bewahren, wir haben keinen Grund, es vor seinem Untergang zu retten.

Herr Miquel, der national-liberale Parteichef hinter den Kulissen, soll die oberbürgermeisterliche Allongeperrücke ablegen und auf den Ministerstuhl steigen. Es geht nämlich das Gerücht, daß dieser vielbewandte Herr als preussischer Finanzminister dem deutschen Volke neue Steuern auferlegen soll und zwar so vorsichtig und indirekt, daß das Volk davon nichts merkt. Herr von Scholz soll etwas zu unvorsichtig vorgegangen und deshalb bei dem Fürsten Bismarck in Ungnade gefallen sein. Da der Reichskanzler vor Kurzem mit dem Kronprinzen von Preußen längere Zeit konferirt hat, so geht man wohl nicht fehl, wenn man Herrn Miquel als die Brücke betrachtet, welche eventuellen Falls von alten zu dem neuen „liberalen“ Ministerium führen soll. Uns graut aber jetzt schon vor der Liberalität eines Herrn Miquel.

Die Tage der gegenwärtigen Reichstagsession sind gezählt. Dem Reichstag soll kein weiteres Beratungsmaterial zugehen. Branntweinmonopol, Sozialistengesetz, Zuckersteuergesetz, Reichsbeamten und Militärpensionsgesetz — die Sachen sind bald erledigt. Alles Uebrige bleibt in den Kommissionen stecken — und der Reichstag geht noch vor Ostern auseinander.

Er kommt — nämlich der Herr Reichskanzler und zwar in den Reichstag zur zweiten Beratung des Branntweinmonopols, so behaupten Abgeordnete, welche den reichskanzlerischen Kreisen nahe stehen. Was Fürst Bismarck aber mit seinem Erscheinen bezweckt, das sagen die Herren nicht. Wir haben einen sehr hohen Begriff von der Macht des Reichskanzlers, aber — Todte kann er nicht auferwecken.

Ein Dankschreiben hat nach dem „Hamb. Korrespondent“ Fürst Bismarck vom Papste erhalten für die anerkennen den Neuerungen des Fürsten gelegentlich des letzten parlamentarischen Diners. — Diese erhebende Thatfache wird besonders von national-liberalen Blättern in die Welt posant, welche früher immer riefen: „Nach Kanossa gehen wir nicht!“ Nun brauchen die Kulturkämpfer allerdings nicht mehr nach Kanossa zu pilgern, sie sind dort schon längst angelangt.

Für die Verlängerung des Sozialistengesetzes versuchen die konservativen Blätter durch folgende Notiz Stimmung zu machen: „Man erzählt sich in Abgeordnetenkreisen, daß Se. Majestät der Kaiser auf die Bemerkung des Abgeordneten Windthorst, er und seine Partei würden ausnahmsweise für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen, aber nur in Bezug auf die Person des Kaisers, den Minister des Innern v. Puttkamer beauftragt habe, Herrn Windthorst für seine freundliche Rücksichtnahme auf seine Person zu danken, hinzufigend, daß diese in einem Alter von 89 Jahren und nach drei Kriegen, in denen die Hand Gottes ihn beschützt habe, bei diesem Gesetze weniger in Betracht komme, als Leben und Gut seiner Untertanen, deren Schutz durch das Gesetz bezweckt werden solle.“ — Hierzu bemerkt das „Berl. Tagebl.“: „Rehliche Notizen stellen sich auch das vorige Mal ein, als es sich um die Verlängerung des Ausnahmengesetzes handelte. Die Freunde desselben müßten um Gründe sehr verlegen sein, wenn sie zu dem verbrauchten Mittel greifen, die Person des Kaisers in so ausdrücklicher Weise in den politischen Tagesstreit herabzuwerfen.“ — Uebrigens kann die obige Notiz gar nicht auf Richtigkeit Anspruch machen, weil Herr Windthorst nicht gesagt hat, er und seine Partei würden ausnahmsweise für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen, sondern seine Versicherung sich lediglich in Bezug auf die Person des Kaisers über die Beibehaltung des Belagerungszustandes für Berlin bezog.

Zur Affaire Radowitz. Die „Volkzeitung“ schreibt: Aus dem Verhöre, welches die Angeklagten Jens Christensen und Franz Berndt vor dem Amtsrichter Dr. Jungl gehabt haben, bringt der „Sozialdemokrat“ einige nähere Angaben. Darnach haben beide auf die Frage nach ihren heutigen übereinstimmend erklärt, daß sie dieselben erst in der Hauptverhandlung nennen würden. Herr Christensen hat weiter zu Protokoll erklärt, daß er die betreffenden Mittheilungen dem Abgeordneten Singer ausdrücklich gemacht habe, um dieselben bei den Beratungen des Sozialistengesetzes zu verwerthen;

Sar Mancher denkt wohl noch mit stillem Lächeln an ihn und den rüßigen, vornehm jovialen alten Josua Hennings, der Mittags zwölf Uhr, wenn die Schule beendet war, regelmäßig in der Ladenthür stand, die lange Elisabethgasse hinausblickte, den weißen Gänsefuß wie einen Spieß hinterm Ohr, sich die große Titulode auf dem hohen Scheitel zurecht drehte und den Mädchen Johannisbrot oder Gerstengruder, den Jungen Schieferstifte, Gummi, oder ein paar Farbdarmuscheln verlehrt, wenn er besonders gut bei Laune war. Das Schönste für die Kinder wie ihn selber war aber, daß er sich meist der besten Gemüthsverfassung erfreute; was Wunder, daß er die volle Hochachtung des aufsteigenden Geschlechts genoß! Seine Gaben verließen ihm in den Augen desselben einen überaus großartigen Anstrich, und er nahm bald in unseren Träumen die Würde eines indischen Rahob, oder Goldkönigs der deutschen Märchenwelt ein. Gleichwohl war Herr Hennings kein passionirter Kinderfreund, sondern warf diese kleinen Gaben mehr als Leimruthe für die Eltern aus, denn er wußte wohl, daß er keinen diplomatischeren Weg zur Verbreitung seines Ruhms hätte wählen können, als die panegyrischen Lungen der Kinder und Dienstmädchen. Der wachsende Zulauf bedte wahrscheinlich die Kosten überflüssig, welche ihm diese Art der Reklame bereiten mochte. Außer diesem Kaufmannskniff besaß er aber noch einen weit größeren, nämlich den: Staunen und Neugier zu erregen. — Heut zu Tage stellen die Händler, ungeschickt genug, ihre größten Kostbarkeiten an die kristallinen Fenster. Man bleibt stehen, schaut Alles an und — geht vorüber! Da bleibt die alten Handelsherren viel geschickter. Zu denen mußte man hineingehen, wollte man die Maritäten anschauen, und kaufte man noch so wenig, umsonst war selbst das Ansehen nicht!

Dergleichen Lockvogel hatte Hennings aber mehr, als jeder andere seiner Konkurrenten. Ein riesiger Schwertschmied mit rothgemaltem Maul hing wie ein Damokleesbeil an der Decke, und trotzdem ihm der Altersschwäche schon etwas Feuer an den besten Stellen zum Leibe heraufschien, jagte uns Kindern doch dieses Ungeheuer erschreckliche Ehrfurcht ein. Auf der einen Ecke des Ladentisches, wo er mit dem

er habe als Mitglied der sozialdemokratischen Partei und als Vorstandsmittelglied des Arbeiterbezirksvereins für den Osten von Berlin ein berechtigtes Interesse gehabt, weitere Provokationen von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und von Angehörigen des genannten Vereins zu verhindern. Herr Berndt hat außerdem zu Protokoll gegeben, daß Mahlow-Jöring nach seiner eigenen Angabe vom Chef der politischen Polizei beauftragt worden sei, ihn (Berndt) als Spigel zu engagiren, sowie daß Mahlow-Jöring ihn aufgefordert habe, die Bildung eines revolutionären Clubs zu erstreben, „damit wir ein ganzes Volk auf einmal ausheben können, denn wir brauchen Material zur Verlängerung des Sozialistengesetzes“.

### Holland.

Die zweite Kammer verhandelte in vergangener Woche über Feststellung der Grundzüge, nach welchen Gefangene behandelt werden sollen. Darunter spielten auch die zuzulassenden Disziplinarmittel eine Rolle. Die Strafe des Krummschleßens wurde verworfen, dagegen für die Zuchthausgefangenen die Prügelstrafe zugelassen. Nach Meinung des „Hamb. Kor.“ hat die Kammer diesen Beschluß unter dem Eindruck eines kürzlich verhandelten Falles gefaßt, bei welchem ein Sträfing einen Mordversuch auf einen Gefängnißwärter gemacht hatte.

### Frankreich.

Den Streikenden in Decazeville riefen Unterstützungselder in Halle und Jülich zu. Ein aus Paris in Decazeville mit der Nachricht eingetroffener Brief, daß die Syndikate der Minenarbeiter Frankreichs beschloffen haben, von jedem Arbeiter die Erlegung eines Franken pro Monat für die Streikenden Noegrons zu verlangen, hat in Decazeville große Aufregung hervorgerufen. Da Frankreich ca. 120 000 Grubenarbeiter zählt, so würden die so eingehenden Gelder die Arbeitsstellung unabhöhrlich verlängern. Anderweite Noegron hat der Streik durch die Sendung von 10 000 Franken in Paris aus Paris, sowie dadurch erhalten, daß die Vertretungen anderer Städte, worunter Lyon mit 5000 Franken, ebenfalls für die streikenden Arbeiter betröchtliche Summen bewilligt haben. An Geldmitteln fehlt es also den Streikenden nicht, — sie können ohne Zweifel noch längere Zeit ausharren.

Der Gouverneur des „Credit Foncier de France“ hat die Notabilitäten der Pariser Haute-Finance, des Handels und der Industrie in seinem Kabinett vereinigt, um das vom Handelsminister in Aussicht genommene Garantie-Syndikat für die 1887er Pariser Welt-Ausstellung von 18 Millionen Franken zu formiren. Mit Einstimmigkeit wurden die Bedingungen dieses Garantie-Syndikats angenommen und Herr Christophle ermächtigt, zur Kenntniß des Handelsministers zu bringen, daß die Summe von 18 Millionen Franken seitens der vereinigten Repräsentanten der verschiedenen Bank- und Handelsfirmen als bereits gedeckt zu betrachten sei.

### Rußland.

Das russische Marineministerium hat neulich in Betreff der Anlage eines möglichst eiskreien Ozean-Kriegshafens eine definitive Entscheidung getroffen. Es war hierzu für belanntllich lange Zeit hindurch Wibau in Aussicht genommen; nachdem sich indessen auf Grund neuester Untersuchungen herausgestellt hat, daß die Einfahrt großer Schiffe gegenüber der permanenten Versandung nur mit unverhältnißmäßigem Kostenaufwand frei zu halten wäre, hat man sich für das nördlicher gelegene Windau entschieden. In Zusammenhang hiermit verlaudet, daß nunmehr der Bau der langgeplanten Eisenbahn von Riga nach Windau, für welchen hauptsächlich der Verkehrs- und der Finanzminister lebhaft eintreten, gesichert sei, und zwar sollen die Arbeiten 1887 beginnen.

### Parlamentarisches.

Der Reichstag hat sich belanntllich in neuerer Zeit dazu aufgerafft, bei den Wahlprüfungen viel energischer als früher gegen die verschiedenen Beschränkungen der Wahlfreiheit einzuschreiten. Er hat unbarmherzig die Wahlprüfungen der permanenten Versammlung nur mit unverhältnißmäßigem Kostenaufwand frei zu halten wäre, hat man sich für das nördlicher gelegene Windau entschieden. In Zusammenhang hiermit verlaudet, daß nunmehr der Bau der langgeplanten Eisenbahn von Riga nach Windau, für welchen hauptsächlich der Verkehrs- und der Finanzminister lebhaft eintreten, gesichert sei, und zwar sollen die Arbeiten 1887 beginnen.

andern rechtwinklig zusammenstieß, sah gravitatisch ein kunstvoll geschmiedeter und bemalter Mohr mit phantastisch bunten Gewändern behangen, welche Hennings wohl durch irgend einen hantwärtigen Geschäftsfreund aus dem Nachlaß eines Afiaten erstanden haben mochte. Der hölzernen Sohle der heißen Zone hatte schrecklich blühende Glasaugen, eine Menge Amulette und Perlenknäure um Hals wie Hände, und rauchte überdem einen staltlichen Chibout, welcher ordentlich dampfte, weil dessen Kopf einen Räucherapparat verbarg, welchen der Kommiss heimlich von Zeit zu Zeit mit einem Kerzen versehen durfte. So gab es auch manchereit von Bögeln, Schildkröten, Meerzigen, Muscheln und Seetreschen, was beim damals noch naiven Stande der Naturkunde nicht allein der unreifen Jugend, sondern auch dem größeren Theil der Erwachsenen als helles Wunder dänkte. Die Krone alles Herrlichen und Geheimnißvollen war indess die „Mumie“.

Weiß der Himmel, woher dem Kaufmann dieser außerordentliche Fang gelungen, kurz, er besaß in Wahrheit eine exotische, weibliche Mumie, welche bei seinem großen Beschränk im Komptoir ihren Platz hatte und in einem buntem bemalten Holzkasten lag. Diese Kostbarkeit ohne Gleichen ward natürlich auch von Hennings höchst selten, mit großer Feierlichkeit und nur denjenigen Auserwählten gezeigt, welche sich eben geschickt genug erwiesen, dieses Wunder, mit den glänzenden Farben eigenen poetischen Talents geschmückt, auszuwischen, wie etwa der Barbier. Je geheimnißvoller der schlaue Kaufmann nun mit seinem Schatz um, desto sabelhafter waren die Gerüchte, welche in der Stadt umliefen und sich an gespenstischen Gräueln und abgeschmackten Lächerlichkeiten überboten. Es war eine ganz abgemachte Sache, daß diesem einbalsamirten Weibsbilde Hennings seinen Reichthum zu danken habe, daß sie des Nachts gespenstisch aufstehe, seinen Geldschrank zu bewachen, und jedesmal etwas Kostbares in die Kasse werfe, kurz die Aderriem der Leute überfliegen hierbei jede Grenze, wozu natürlich Reid wie Dummheit reichlich beisteuert.

So sehr Herr Josua nun auch Kaufmann war, so sehr war er auch Lebemann, nosel vom Scheitel bis zur Zehe, gaßfrei mit seinen Freunden und niemals einem wohlge-



Unternehmer ihren Arbeitern gegenüber verübt würden, als solche anzusehen, welche zur Ungültigkeitserklärung von Wahlen nicht in Berechnung gezogen werden dürfen. Nachdenklich auf Berlin und in Fabriken, sowie in den Wahllokalen selbst die haarsträubendsten Bedrohungen abhängiger Leute vorgekommen und dadurch hunderte von Wählern veranlaßt worden sein, sich an den Wahlen nicht zu beteiligen oder gegen ihre Ueberzeugung zu stimmen, aus Furcht, ihr Brod zu verlieren: der Reichstag erklärte stets, diese Vorkommnisse nicht als geeignet erachten zu können, um die Gültigkeit der durch sie gefällten Wahl anzusehen. Lediglich die von Behörden selbst oder in deren Auftrag geübten Wahlmanöver, durch welche eine rechnerisch nachzuweisende Verschiebung des Wahlergebnisses herbeigeführt worden war, wurden in Betracht gezogen und bei Ungültigkeitserklärungen als durchschlagende Gründe aufgeführt, während, wie gesagt, die von den wirtschaftlich Glatteren gegen ihre Unergebenen verübten Unterdrückungen für die Kommission nicht existent waren. Auch auf diesem Gebiete ist es neuerdings besser geworden. Im Wahlkreise Bochum in Westfalen wurde bekanntlich der nationalliberale Kandidat Dr. Haarmann gegen den Zentrumskandidaten gewählt. Dr. Haarmann ist, nebenbei bemerkt, ein äußerst liebenswürdiger und vernünftiger Mann, der in Bezug auf soziale Reformfragen von seinen Fraktionsgenossen weit abwich und in der Arbeiterkommission des Reichstags meist mit den Sozialdemokraten stimmt. Aber bei seiner Wahl wurden von den nationalliberalen Fabrikanten, Berg- und Hüttenwerksbesitzern u. s. w. Mittel zur Beeinflussung der abhängigen Arbeiter angewendet, welche als im höchsten Grade unmoralisch bezeichnet werden müssen. Diese Art Beeinflussung wurde denn auch in dem von der unterlegenen Partei eingereichten Wahlprotokoll gebührend hervorgehoben. Es wurde u. A. erwähnt, daß in einem Wahllokal, in welchem viele Bergleute, die zum größten Theil dem katholischen Kandidaten ihre Stimmen gegeben haben würden, zu wählen hatten, vom Eingang des Saals bis zum Wahllokal ein förmliches Spalier von Werksbeamten und Bediensteten postiert war, durch welches die Arbeiter mit ihrem Stimmzettel marschieren mußten. Eingehändig wurden ihnen dieselben von zwei am Eingange aufgestellten Steigern oder Obersteigern, Wahlprotokoll war der auf einem erhöhten Platze, von dem aus er den ganzen Saal und jeden kommenden Wähler genau beobachten konnte, folgende Wächterdirektor; ein Vertauschen der ihnen an der Thüre eingehändigten Stimmzettel war den Wählern absolut unmöglich gemacht. Es wurde denn auch auf diese Weise ein Wahlergebnis herbeigeführt, welches mit der politischen Bestimmung der in diesem Bezirk wohnenden Wähler in schroffem Widerspruch stand. — In einem anderen Bezirke gingen Fabrikbeamte bei den sogenannten „Arbeiterhäusern“, welche dem Werk gehören, wohnenden Arbeitern herum und drohten ihnen mit Kündigung der Wohnung, wenn sie nicht nationalliberal wählten. Wehrliche Dinge kamen noch in großer Zahl vor; neben den Fabrikbeamten waren es hauptsächlich auch Lehrer, welche sich an dieser „liberalen“ Agitation beteiligten. Für alle diese Vorkommnisse waren genügend Zeugen benannt und bei den hierauf angestellten gerichtlichen Recherchen stellten sich die Angaben auch als wahrheitsgemäß heraus. Diese sämtlichen Beeinflussungen hat die Wahlprüfungskommission als solche erklärt, welche geeignet sind, auf das Wahlergebnis in ungesetzlicher Weise einzuwirken und wurden deshalb die sämtlichen Stimmen, die in den betreffenden Wahlbezirken abgegeben wurden, für ungültig erklärt und von der für Haarmann entfallenen Gesamtstimmzahl in Abzug gebracht. Damit ist im Prinzip entschieden, daß auch Wahlbeeinflussungen dieser Art in Zukunft zur Umstößung von Wahlen genügen und es ist daher auch erklärlich, daß sich Konserervative und Nationalliberale „mit Nägeln und Nägeln“, glücklicherweise jedoch erfolglos, gegen die Anerkennung dieses Prinzips wehrten. Leider reichen die Herrn Haarmann abgegebene Stimmen nicht aus, seine Wahl lasten zu können; er hat immer noch eine kleine Majorität behalten und es mußte somit die Wahl für gültig erklärt, resp. dem Plenum empfohlen werden, sie gelten zu lassen. Aber die Anerkennung des Prinzips ist von nicht zu unterschätzendem Werthe. Es ist freilich fraglich, ob es in der Kommission so gekommen wäre, wenn es sich statt um einen ultramontanen um einen sozialdemokratischen Wahlprotokoll gehandelt hätte. Im Effect aber ist es gleich und die Herren Arbeitgeber, welche früher häufig das „Hinführen“ ihrer Arbeiter an die Wahlurne und das Kontrollieren und Bedrohen dieser Wählerkategorie kultivierten, mögen sich ad notam nehmen, daß künftig jede Wahl, bei der durch solche Manöver eine „Verschiebung“ des Resultats herbeigeführt wird, auf erhobenen Protest hin umgestoßen werden kann.

## Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 18. März c., Nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten — Berichterstattung über eine

spidien Rehrücken abhold, wenn nur halbwegs eine Flasche Malaga oder Riesener dabei sein konnte. Er wußte seine Piffigkeit sehr gut durch eine leuzelige Würde zu verdecken, welche eben so viel Achtung wie Zuneigung einflößte. So mochten ihm denn Reid und böser Reumund nicht viel schaden.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Kunst und Leben.

Dem „Eigenerbaron“ bleibt das traditionelle Eigenerbaron-treu; trotzdem er bereits kurz vor der 50. Vorstellung steht, zieht er immer noch ausverkaufte Häuser, wie auch am vorigen Sonntag, wo die Kasse um 1/7 Uhr geschlossen werden mußte. An Besatz und stürmischen Dalaporusen fehlte es selbstverständlich nicht. — Die 50. Vorstellung wird mit besonderen Donationen für den Meister verbunden sein.

Ein brennender Fluß. In Schottland hatte man vor Kurzem das merkwürdige Schauspiel eines brennenden Flusses. An einer bestimmten Stelle des Flusses bemerkte man schon seit längerem aufsteigende Dämpfe. Ein Fischer warf ein brennendes Bündel Holz in das Wasser und sofort erhob sich eine hohe Flamme über demselben, welche auf längere Zeit und auf weite Strecke sichtbar wurde. Man erklärt die Erscheinung aus einer Entwicklung von Gasen, da unter dem Fluße Kohlenlager durchliegen.

Ein Stierkämpfer als Parlaments-Kandidat. Wie dem „Daily Chr.“ berichtet wird, hat auch ein Haupt-Stierkämpfer, namens Louis Mazzanti, seine Kandidatur für die bevorstehenden spanischen Wahlen aufgestellt, und zwar für den Bezirk Tudela, sie aber wegen Spaltungen unter den Wählern wieder zurückgezogen. Er meldete dies in Person dem Premier Sagasta, dem er unter Anderem sagte, er sehe selber ein, daß seine Profession als Stierkämpfer mit dem Amt eines Volksvertreters nicht verträglich sei; er behalte sich aber vor, wenn er einmal eine halbe Million verdient habe, sich dann ganz vom Stierkampf zurückziehen und nur den politischen Kämpfen sich zu widmen.

Die Feigenblätter im Parlament. Es lieft sich wie ein gut erkundener Saß, behandelt aber einen wirklichen Vorfall, wenn Wiener Blätter berichten, der vielgeplagte Präsident

Petition — desgl. über den Etat für die Verwaltung der städtischen Gasanstalten pro 1. April 1886/87 — desgl. über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betr. die Erhöhung des pensionsfähigen Gehalts der städtischen Turnwirthe — Vorlage, betr. die Bewilligung von Krediten für den Bau der Fußgängerbrücke über den Voulensstädtischen Kanal im Zuge der Melchiorstraße — desgl., betr. den Tarif für die Anschlüsse der Grundstücke an die Kanalisationsleitungen — desgl., betreffend die Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes zur Bezirks-Kommission für die flüssigkeits Einkommensteuer — desgl., betr. die Bewilligung eines Patronatsgeschenks für die Kirchengemeinde zu Blankenburg — desgl., betr. die Vergabe einer Parzelle des Ritterguts Großbeeren zur Anlage eines Begräbnisplatzes — desgl., betr. die Erwerbung des von den Grundbesitzern Große Hamburgerstraße 20 und 32 zur Strafe freigelegten Terrains — desgl., betr. den Ankauf des der Petri-Kirchengemeinde gehörigen Theiles des alten Jakobs-Kirchhofes in der Kürassierstraße — desgl., betr. eine Ergänzung des Reg.-Entwurfs wegen Bildung einer selbstständigen Gemeinde Dörfchen — Kummelsburg — desgl., betr. einige Neuanlagen für die städtischen Wasserwerke — desgl., betr. die Stütze zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Mühlenstraße Nr. 49/50 — desgl., betr. eine Geldbewilligung zum Zweck von Vorarbeiten für eine in Berlin zu veranstaltende Deutsche nationale Industrie- und Gewerbe-Ausstellung — vier Rechnungen — Berichterstattung über den Etat für die Kanalisationswerke und die Verwaltung der städtischen Wiesenfelder pro 1. April 1886/87 — Vorlage, betr. die bevorstehende Stadtüberschreitung beim städtischen Krankenhaus Moabit — desgl., betreffend die Aufnahme der Straße 7b. in den Bebauungsplan, Abtheilung XIV. — desgl., betr. die Verrechnung des Erlöses aus dem Verkaufe der städtischen Bauparzelle Wilhelmstr. 95/96 auf das beim Vorjahrkonto noch offenstehende Kaufgeld für das Grundstück Dorotheenstr. 12 und Georgenstr. 32 — desgl., betr. die Einsetzung einer Spezialkommission behufs freihändigen Erwerbs der Grundstücke auf der Südseite des Mühlenbassins — desgleichen, betr. die Ausführung der Facaden am neuen Polizeidiensgebäude — desgl., betr. den Entwurf zum Bau einer höheren Bürgerschule in der Alexandrinenstraße — drei Unterstufungsanträge — Vorlage, betr. die Neuwahl von 3 Mitgliedern für das Kuratorium der „Stiftung der Berliner Gewerbe-Ausstellung im Jahre 1879“ — Berichterstattung über ein Naturalkalifationsgesuch — Vorlagen, betr. die Wahl je eines Bürger-Deputirten für die Gewerbe-Deputation und für die Schul-Deputation — Vorlage, betr. zwei Wahlablehnungen.

Die städtischen Fortbildungsschulen beginnen das bevorstehende Sommersemester am Sonntag, den 4. April cr. Der Unterricht ist in folgenden Fächern unentgeltlich: Deutsch, Rechnen, einfache Buchführung, Geometrie, Physik und allgemeines Zeichnen. Für folgende Fächer ist Schulgeld zu bezahlen: Für Modelliren halbjährlich 1 M., für doppelte Buchführung und für zweistündige Kurse im Fachzeichnen halbjährlich 2 M., für Französisch und Englisch und für die vierstündigen Kurse im Fachzeichnen halbjährlich 4 M. Diese Beiträge können auch in Teilzahlungen und zwar in den ersten vier Monaten des Halbjahres mit je 1 M. entrichtet werden. Meldungen nehmen die Herren Rektoren an.

Handwerker-Schule. Anmeldungen von Teilnehmern zum Unterricht für das am 1. April beginnende Sommerhalbjahr werden vom Direktor der Schule, Herrn Jessen, Kurstraße 52, in der Zeit vom 25. bis 31. März, an den Wochentagen von 6 bis 8 Uhr Abends entgegengenommen. Die Befähigten sind folgende: Freihandzeichnen, Birkelzeichnen, darstellende Geometrie; kunstgewerbliche Formlehre; Fachzeichnen für Tischler, Drechsler, Klempner, Schlosser, Maschinenbauer, Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Goldschmiede, Graveure, Maurer, Zimmerer, Steinmetze, Bildhauer, Maler, Tapezierer und Lithographen; Modelliren; dekoratives Malen; Algebra, Geometrie, Trigonometrie; Physik, Mechanik; Rechnen und Buchführung. Für Mechaniker besteht eine Tagesklasse.

W. Die Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege hielt am Sonnabend, den 13. d. M., Abends 6 Uhr, unter Vorsitz des Oberbürgermeisters v. Jordanbeck eine mehrstündige Sitzung ab, in welcher über mehrere Projekte des Magistrats zur Errichtung von sanitären städtischen Anstalten beraten wurde. Hinsichtlich der Anträge des Magistrats wegen Errichtung einer neuen Irrenanstalt für 600—1000 Personen und Errichtung einer besonderen Anstalt zur Behandlung und Verpflegung von Epileptikern für 600 Personen wurde beschlossen, eine Subkommission einzusetzen, die für jede Anstalt ein bestimmtes Bauprogramm aufstellen, Baupläne für dieselben wahlen und demnächst der Deputation definitive Vorschläge machen soll. Die Subkommission, welche beauftragt ist, sich durch Sachverständige, insbesondere durch städtische Irrenärzte zu ergänzen, besteht aus den Herren: Oberbürgermeister v. Jordanbeck, Stadtschulrath Bertram, Stadtbaurath Blankenstein, Stadtrathe Welke und Wolff, Professor Virchow, Stadtverordneten-Vorsteher Stellvertreter Dr. Struß, Stadtverordneten Dr. Kürten und Vangerhand. Demnächst wurde über den Plan zur

des österreichischen Abgeordnetenhauses müsse sich nunmehr auch mit ästhetischen Fragen befassen. Die sechs lebensgroßen mythologischen Figuren, welche in der Vorhalle zum großen Säulengang des Parlamentsgebäudes aufgestellt sind, haben den Anlaß dazu gegeben. Ein Abgeordneter, der in Sachen unversähter deutscher Stillschleier ungemein empfindlich ist, hat an der göttlichen Nacktheit dieser Statuen Anstoß genommen und soll gedroht haben, diese Angelegenheit in der Sitzung des Hauses zur Sprache zu bringen, wenn die sechs Figuren nicht augenblicklich mit Feigenblättern bedeckt würden. Das Präsidium des Hauses mußte sich, wenn ein Skandal vermieden werden sollte, dem Wunsche des Abgeordneten fügen, und so wurden denn schleunigst sechs elegante Feigenblätter bestellt, mit welchen man die herausfordernden Gottheiten nachdrücklich bedeckt hat. Und wer sorgt für die Feigenblätter, mit welchen die Wägen bedeckt werden sollten, die sich manche Abgeordnete geben?

Vor dem Schöffengerichte eines bayerischen Provinzialstädchens — so berichtet die „Augsb. Abendztg.“ — hatte ein verdächtiger Zeuge einen Eid zu leisten. Nachdem er versichert: „Gnad'n, Herr Richter, was i' g'sagt hab', des is a' wahr, dader drauf schwör i' a' Urament“, lud ihn der Vorsitzende des Gerichts ein, laut und deutlich nachzusprechen. Vorstehender: „Ich schwöre“ — Zeuge: „Ich schwör...“ — Vorstehender: „bei Gott“ — Zeuge: „bei Gott“ — Vorst.: „dem Klumächigen“ — Zeuge: „dem Kl... m... m...“ — bei diesem Worte fängt der Zeuge zu stottern an, seine Augen blicken starrten Bildes an der gegenüber befindlichen Thür des Gerichtssaales und mit wildem Schrei: Der Teufel kommt — der Teufel is da — der Teufel holt mich sch...“ stürzt er bestännungslos zu Boden. Während der Zeuge wieder zur Besinnung gebracht wird, findet man die Ursache zu seinem seltsamen Benehmen. Die Frau des Oberamtsrichters hatte in der Vergeßlichkeit dem Schornsteinfeger den Auftrag gegeben, im Gerichtssaale das Dienrohr zu reinigen, und der ahnungslose Schornsteinfeger öffnete gerade im Moment der Eidesabnahme die Thüre. Wieder zum Bewußtsein gebracht, rief der Zeuge lebentlich: „Gnad'n, Herr Richter, i' nimm alles, was i' aus' g'sagt hab', wieder zurück; denn leg' n' S', Herr Richter, es is ja alles Stud' füa' Stud' vor mir d'alog'n.“

Ein Ehestands-Drama. Petrinja, 9. März. Vor einigen Tagen fand vor dem hiesigen Gerichtshofe die Verhandlung eines ergreifenden Ehestands-Dramas statt. Folgendes ist der Thatbestand. Herr Karl Vogt, Montandeamter in Branovina, trug bereits 22 Jahre das für ihn nicht

Herstellung einer Lazarethbaracke auf dem Grundstücke des Wallenhausens zu Kummelsburg beraten und das bereits mitgetheilte Bauprogramm des Magistrats mit der Modifikation genehmigt, daß unter Verbeibaltung der Länge der Baracke, der Raum derselben in der Höhe und Tiefe angemessen zu reduzieren sei. Der außerdem auf der Tagesordnung stehende Gegenstand, betreffend die Anstellung von städtischen Erhebungen über den Umfang des hiesigen Kranken-Transportwesens, wurde für eine der nächsten Sitzungen der Deputation vorbehalten. Ingleichen wird auch der Antrag des Vereins für die Einrichtung von Volks-Brausebädern in einer späteren Sitzung der Deputation besprochen werden.

W. Der Turnwart A. Rauke beabsichtigt, oberhalb der Michaelbrücke eine Flussbadeanstalt zu errichten, deren Zugang von der Michael-Brücke zwischen der Stadtbahn und dem Spargierischen Grundstücke entlang führen soll. Zur Herstellung dieses Zuganges ist die Entfernung eines Theiles des monumentalen Sitters der Michael-Brücke erforderlich. Die städtische Bau-Deputation hat insbesondere aus dem jetzt vorgeführten Grunde beschlossen, den Antrag abzulehnen.

Zentral-Viehhof. Im Monat Februar d. J. sind auf dem städtischen Fleischschau-Amt 24 720 Schweine auf Rindchen untersucht und darunter 5 trichinöse und 284 sinnige ermittelt worden, welche als zur menschlichen Nahrung ungeeignet verworfen worden sind.

## Gerichts-Zeitung.

o. k. Die Frankfurter Friedhofs-Affäre vor Gericht.

Frankfurt a. M., 15. März 1886.

Erster Tag der Verhandlung. (Fortsetzung.)

Das Gerichtsgebäude ist von einer zahlreichen Schutzmannschaft besetzt. Der Andrang des Publikums nach dem nur sehr kleinen Zuhörerraum ist ein ganz immenser. Den Gerichtshof bilden: Landgerichtsdirektor Dr. Körner (Präsident), Landgerichtsrath Dr. v. Kienig, Landgerichtsrath Dr. Muthard, Landrichter Dr. Wölschen und Gerichtsassessor Dr. Franz (Beisitzende). Die Anklagebehörde vertreten: Der erste Staatsanwalt am hiesigen Landgericht Dr. Uhles und Staatsanwalt Dr. Jordan. Die Verteidigung führen: Rechtsanwalt Dr. Meyer für den Angeklagten, Polizeikommissar Meyer, Rechtsanwalt Dr. Griger für die angeklagten Schupleute Winkler, Hohmann und Schaefer. Als fünfter nimmt der Schneider, jetzige Restaurateur Joseph Wendender (Mainz) auf der Anklagebank Platz. Für diesen führen die Rechtsanwälte Dr. Eppstein und Dr. Goldheim (Frankfurt a. M.), die gleichzeitig als Nebenkläger fungiren, die Verteidigung. Der Hauptantrag ist ein mittelgroßer Herr von einnehmendem, intelligentem Aussehen. Er nimmt in Zivilkleidung auf der Anklagebank Platz. Die drei Angeklagten Schupleute dagegen erscheinen in Uniform. Der Hauptangeklagte ist vorläufig vom Amte dispensirt, die angeklagten Schupleute dagegen haben bis zum heutigen Tage ihre dienstlichen Funktionen ausgeübt.

Unter den bisher geladenen 88 Zeugen befindet sich der hiesige Polizeidirektor Vanger, der Reichstagsabgeordnete Frohne und der Nachfolger des ermordeten Polizeirath Dr. Kumpff, Polizeirath v. Hale. Dem Reichstagsabgeordneten Sabor, der als Zuhörer anwesend ist, ist es gestattet, im Innenraum Platz zu nehmen.

Unmittelbar vor dem Richtertisch sind als Corpora delicti eine Anzahl eingehauener Hölle aufgestapelt.

Der Hauptangeklagte giebt auf Befragen des Präsidenten an: Er heiße mit Vornamen Heinrich, sei am 2. Februar 1843 zu Lichterode geboren und evangelischer Konfession.

Der Angeklagte Wendender ist wegen Störung der öffentlichen Ordnung begangen in einer öffentlichen Rede, mit zwei Monaten Gefängnis bestraft. Der Angeklagte Winkler ist als Soldat wegen Mißbrauch der Amtsgewalt und Beleidigung von Zivilpersonen bestraft.

Vor Eintritt in die Verhandlung nimmt das Wort Verschiedener Rechtsanwalt Dr. Geiger: Ich beantrage, die Herren Nebenkläger als gesetzlich unzulässig abzulehnen. Der beschließende Gerichtshof hat sich allerdings für die Zulässigkeit erklärt, ich bin jedoch der Meinung, daß das Endurtheil in dieser Frage der erkennende Gerichtshof abzugeben hat.

Ich beantrage daher, einen Beschluß dieses hohen Gerichtshofes. Das Reichsgericht hat in wiederholten Fällen entschieden, daß bei § 340 des Strafgesetzbuchs die Zulassung eines Nebenklägers unzulässig ist. In einem Falle hat sich der zweite Senat des Reichsgerichts allerdings für die Zulassung entschieden. Aus diesem Grunde ist die Frage nicht vor das Plenum gekommen, ich bin jedoch der Meinung: der zweite Senat des Reichsgerichts hat sich bei seiner letzten Entscheidung über diese Frage in einem Rechts-Irrthum befunden. Ich beantrage daher, meine Herren Kollegen als Nebenkläger abzulehnen.

Die Rechtsanwälte Dr. Goldheim und Eppstein erwidern: Es sei unzulässig, in dem gegenwärtigen Stadium den Beschluß auf Zulassung der Nebenkläger aufzuheben. Aber nicht nur formell sei die Zulassung der Nebenklage zulässig. Der

weniger als süße Noth der Ehe. Seine Gattin Therese, anfangs ein liebevolles Weib, gerieth vor 8 bis 9 Jahren auf Abwege. Ihn waren all' die Verirrungen seiner Gattin, die sein Leben verbitterten, wohl bekannt; er wußte nur zu gut, daß sie seinen Morgenkaffee mit giftigen Stoffen versüßte, um ihn aus der Welt zu schaffen; er wußte, daß die chronische Magenkrankheit, die sein Leben verzehrte, von dem bereits genossenen Gifte stamme; ihn waren die im Dorfe zirkulirenden Gerüchte, wonach seine Gattin einen Menschen zu seiner Ermordung zu dingen suche, sehr gut bekannt, er wurde auch von seinen Freunden und Bekannten gewarnt: es war ihm schließlich bekannt, daß er das am 13. April 1885 von seiner Gattin geborene und auf seinen Namen verkaufte Söhnchen nicht als sein eigenes Kind zu betrachten berechtigt sei und seine Gattin leugnete es gar nicht, daß Barock Popovich der Vater ihres Kindes sei. Trotzdem dies Alles dem Herrn Vogt bekannt war, schwieg er um des lieben Friedens willen und trug sein harles Voos mit stolcher Geduld und Ergebenheit. Seine Gattin wußte eben eine dämliche Gewalt auf den Mann, der tagtäglich seinem Berufe nachging, auszuüben. Am 2. September fuhr Herr Vogt von Rojnica nach Popusko. Als der Wagen das Resier „Toplica kosa“ passirte und langsam bergauf fuhr, krachten plötzlich hinter einander zwei Schüsse und Vogt sank blutend in den Wagen zurück. Das tödtliche Blei drachte ihm 16 Wunden am Rumpf und auf der Brust bei, und nur einem festgebundenen Notizbuche, das er in der linken Brusttasche trug, hatte er es zu danken, daß das Projektil nicht ins Herz drang. Nach langem, qualvollem Weiden konnte Herr Vogt hergestellt werden, um als Zeuge gegen seine entmenschte Gattin und deren Helfershelfer Stefan Raticus vor dem Gerichte aufzuliegen. Die l. Staatsanwaltschaft in Petrinja hat nämlich gegen Therese Vogt und Stefan Raticus die Anklage wegen des Verbrechens des versuchten bestellten Mordes erhoben und das Gericht sprach nach durchgeführter Hauptverhandlung die Angeklagten schuldig und verurtheilte die bezogene Gattin zu fünfzehn Jahren schweren Kerker und ihren Uebelhelfer Raticus — welchem zwar nicht nachgewiesen werden konnte, daß er der eigentliche gebundene Thäter sei, von dem aber er noch erwiesen war, daß sein doppeltläufiges Gewehr zur Ausführung des Verbrechens benutzt wurde — zu 10 Jahren schweren Kerker, Beide zur solidarischen Tragung der Heilungskosten im Betrage von 886 fl. und zur Zahlung des Schmerzensgeldes von 1000 fl. an Vogt.



§ 231 des Strafgesetzbuches sagt ausdrücklich: „In allen Fällen der Körperverletzung kann auf Verlangen des Verletzten neben der Strafe auf eine an denselben zu erlegenden Buße erkannt werden.“ Danach könnte doch die gesetzliche Zulässigkeit keinem Zweifel unterliegen. — Staatsanwalt Dr. Gordan: Er wolle die juristische Frage außer Acht lassen, obwohl er die Auffassung der Herren Vertreter der Nebenklage nicht theile. Dagegen halte er es ebenfalls für nicht angänglich, in dem gegenwärtigen Stadium die Zulassung der Nebenklage wieder aufzuheben.

Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Meyer: Da die Sache einmal in dieses Stadium gelangt sei, so habe er gegen die Zulassung der Nebenklage nichts einzuwenden.

Der Gerichtshof beschließt, den Antrag auf Nichtzulassung der Nebenklage abzulehnen.

Es wird nunmehr zur Vernehmung des Polizeikommissars Meyer geschritten. Dieser bemerkt auf Befragen des Präsidenten: Seit dem Jahre 1879 ist unter den hiesigen Sozialdemokraten das Bestreben, jede Gelegenheit zu Demonstrationen zu benutzen. Bei Gelegenheit der Beerdigung des Professors Gang im April 1883 fand bereits eine große sozialdemokratische Demonstration statt, bei welcher es zu argen Szenen kam. Diese wiederholten sich bei der Beerdigung des Sozialdemokraten Döll. Als ich diese Demonstration verhindern wollte, wurde mir und meinen untergebenen Beamten zugerufen: „Schlagt die Hunde todt, werft sie in die offenen Gräber!“ Ich bemerke: Bei der ersterwähnten Beerdigung wurden wir von den Sozialdemokraten beschimpft, bei der zweiten Beerdigung wurden wir bedroht, das dritte Mal, bei der Hüller'schen Beerdigung erwarteten wir Thaten. — Präsi.: Wer hat die polizeilichen Maßnahmen bei der Hüller'schen Beerdigung angeordnet? — Angeklagter: Der Herr Polizeidirektor Langer.

— Der Präsident verliest eine Instruktion des Polizeidirektors, wonach Demonstrationen bei der Beerdigung nicht gebildet werden sollen. Als Demonstrationen seien anzusehen rote Blumen und Schleifen, sobald dieselben allgemal im Leichenzuge auftraten, oder wenn der Leichenzug über vierhundert Personen stark sei. In beiden Fällen sollte der Leichenzug als öffentlicher Aufzug aufgefaßt und die Leute aufgefordert werden, auseinander zu gehen und alsdann nur den Angehörigen des Verstorbenen der Zutritt zum Kirchhofe gestattet werden. Die Zugänge zum Kirchhofe wären in genügender Weise zu besetzen. Außer einem Geistlichen sollte Niemandem das Halten von Reden auf dem Friedhofe gestattet sein. Davon sollten die Angehörigen des Verstorbenen unterrichtet werden. Im Zusammenhange sollte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes aufgelöst und die Versammelten aufgefordert werden, auseinanderzugehen. Im Falle des Widerstandes sollte die Räumung des Kirchhofes mit Gewalt geschehen. Der Angeklagte bemerkt alsdann in Weiterem: Mir war die Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Friedhofe übertragen. Ich habe allerdings den Schutzleuten vorher gesagt: Wenn die Menge Widerstand leisten würde, dann sollte der Kirchhof mit Gewalt, d. h. mit der Waffe, geräumt werden. — Präsi.: Sie sollen den Schutzleuten gesagt haben: Sie sollten die Leute nicht mit den Händen, sondern mit der Waffe zurückdrängen? — Angekl.: Das habe ich im Interesse der Menge getan. Wenn die Schutzleute die Menge mit den Händen zurückdrängen, dann kommt es erfahrungsgemäß gewöhnlich zu heftigen Schlägereien.

— Präsi.: Haben Sie den Schutzleuten befohlen, ihre Revolver mitzubringen? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Zwei Schutzleute sollen ihre Dienst-Revolver bei sich geführt haben? — Angekl.: Davon wußte ich nichts, das habe ich erst in der Voruntersuchung erfahren. Im Uebrigen sollen die Schutzleute, wenn sie außerhalb der Stadt auf Partouille geschickt werden, ihre Revolver tragen. Als der Zug am Kirchhofspforte angelangt war, bemerkte ich dem Bruder des Verstorbenen und dem Kaufmann Jüllgrabe, daß Reden nicht gehalten werden dürften. Jüllgrabe trat jedoch an das Grab hin und begann eine Rede mit den Worten: „Gedichte Genossen!“ Ich verbot ihm das Reden, in Folge dessen er abtrat. Einige Leute warfen hierauf rote Schleifen mit Widmungen in's Grab. Alsdann begann der Angeklagte Leyendeker eine Rede zu halten. Ich kann nicht genau sagen, ob Leyendeker vor oder nach der Auflösung gesprochen hat.

Anlässlich der vielen Widmungsworte, die dem Verstorbenen in's Grab nachgerufen wurden, löste ich schließlich die Versammlung auf. — Präsi.: Wie viel Mal riefen Sie an die Menge die Aufforderung, auseinander zu gehen? — Angekl.: Drei Mal. — Präsi.: In welchen Zwischenräumen erließen Sie diese Aufforderungen? — Angekl.: Von je einer Minute. — Präsi.: In einer Minute kann man bis 60 zählen, das ist also schon ein verhältnismäßig langer Zeitraum? — Angekl.: Soweit ich mich entsinne, habe ich zwischen jeder Aufforderung eine Minute verstreichen lassen.

— Präsi.: Sie gaben nun den Befehl, den Kirchhof mit Wassergewalt zu räumen? — Angekl.: Allerdings, ich that dies, da die Menge tobte und schrie und trotz meiner dreimaligen Aufforderung nicht von der Stelle ging, ich sagte dem Befehle jedoch hinzu, von der Waffe sollte nur Gebrauch gemacht werden, wenn die Menge nicht Platz machte.

— Präsi.: Waren diese Ihre Worte für die Schutzleute noch hörbar? — Angekl.: Das bezweifle ich allerdings, denn der Lärm war ganz furchtbar. — Staatsanwalt Dr. Gordan: Haben Sie, wie jemand in das offene Grab gestochen wurde? — Angekl.: Ja wohl, ich sah die Beine aus dem Grabe hervorstechen. — Präsi.: Dann ist der Mann also mit dem Kopfe zuerst ins Grab gestochen worden? — Angekl.: Ich glaube; möglich aber, daß die Arme aus dem Grabe habe hervorstechen sehen; ich war dem Manne behilflich, aus dem Grabe herauszukommen und habe alsdann einen Säbelhieb, den ihm ein Schutzmann versetzen wollte, mit meiner Axt abgewendet. — Rechtsanwalt Dr. Goldheim: Hat der Angeklagte deshalb so gehandelt, weil er nach der Beerdigung des Döll eine Mißbilligung seiner vorgelegten Behörde seines damaligen Verhaltens wegen erhalten hat? — Angekl.: Nein, ich hielt mich lediglich an meine Instruktion. — Der Präsident verliest den vom Verteidiger erwähnten Verweis, wonach Polizeipräsident v. Hergenbahn dem Angeklagten seine Mißbilligung ausgesprochen, daß er nicht mit größerer Energie gehandelt und von der Waffe Gebrauch gemacht habe. — Angekl.: Ich bin nur beauftragt, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn von der Maßregel Erfolg zu erwarten ist. Einen solchen Erfolg konnte ich aber nicht erhoffen. Ich hatte es ja nicht mit einer bloßen ungelassenen Menge, sondern mit Angehörigen einer Partei zu thun, die erfahrungsgemäß zu jeder Ausdehnung fähig ist. — Staatsanwalt: Weßhalb veranlaßten Sie nicht die Verhaftung des Leyendeker? — Angekl.: Auch zur Verhaftung sollen wir nur schreiten, wenn dieselbe Erfolg verspricht, ich war jedoch überzeugt, daß, wenn ich den Leyendeker verhaftete, sofort ein anderer Redner aufstretet und die Verhaftung mißlingt nicht den mindesten Erfolg haben würde. — Staatsanwalt Dr. Gordan: Sie haben aber bei der Hüller'schen Beerdigung den Schutzleuten den Befehl erteilt, den Kirchhof mit der blanken Waffe zu räumen? — Angekl.: Ich befolgte dabei lediglich meine Instruktion. — Staatsanwalt: Sie befinden sich doch aber in einem Widerspruch. Zunächst sagen Sie, bei der Döll'schen Beerdigung hätte Ihnen das Gesetz verboten, von der Waffe Gebrauch zu machen und das Gesetz gebe über die Instruktion; bei der Hüller'schen Beerdigung dagegen haben Sie Befehl gegeben, von der blanken Waffe Gebrauch zu machen, da Sie eine dahin lautende Instruktion hatten? — Angekl.: Bei der Döll'schen Beerdigung hatte ich eine dahingehende Instruktion, einem Befehl meiner Behörde muß ich immer Folge leisten. — Präsi.: Sie sagten vorher, ein Zurückdrängen mit den Händen hätte zu argen Szenen führen können, was das bei dem Dreinhauen mit der Waffe nicht zu befürchten? — Angekl.: Nein. — Der Angekl. Leyen-

decker bemerkt auf Befragen des Präsidenten: Ich habe allerdings auf dem Kirchhofe gehört, wie Polizeikommissar Meyer dem Jüllgrabe sagte: Reden dürfen nicht gehalten werden. Da jedoch verschiedene Widmungsworte gesprochen wurden, so nahm ich an, daß dies gestattet war. Von einer Auflösung habe ich nichts gehört. Ich sagte lediglich die Worte, indem ich einen Kranz mit rother Schleife auf das Grab legte: „Ich widme Dir diesen Kranz im Namen der Mainzer Partei-genossen, im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, für die Du im Leben gekämpft hast.“ — Präsi.: Sie sollen auch, nachdem die Auflösung erfolgt, Ihre Rede fortgesetzt haben? — Angekl.: Ich habe schon bemerkt, daß ich von der Auflösung nichts gehört habe. Ich habe lediglich die von mir zitierten Worte gesprochen; nachdem dies geschehen, sah ich, wie die Schutzleute mit blanker Waffe auf die Menge einhieben. — Angekl. Schutzmännlein: Am Morgen des 23. Juli wurden wir in das letzte Polizeirevier beschieden. Polizeikommissar Meyer theilte mit: Es werde heute ein Sozialdemokrat beerdigt werden; bei dieser Beerdigung werden keinerlei Demonstrationen geduldet werden. Sollte die Versammlung etwa aufgelöst werden, bemerke Polizeikommissar Meyer, dann ist von der Waffe Gebrauch zu machen. Alsdann sind die Leute aber nicht wie früher mit der linken Hand, sondern mit der blanken Waffe auseinanderzutreiben. Ich bedauere, daß ich das sagen muß, ich muß das aber im Interesse meiner Verteidigung thun. — Präsi.: Wie lautete nun das Kommando, das Polizeikommissar Meyer gab? — Angekl.: „Treibt die Leute mit der Waffe auseinander!“ — Präsi.: Der Polizeikommissar Meyer soll bei der Instruktion erteilung gesagt haben: „Wenn die Menge nach dreimaliger Aufforderung nicht Platz macht, soll mit der Waffe eingeschritten werden?“ — Angekl.: Ich bedauere, das entschieden in Abrede stellen zu müssen, ich habe bei der Instruktion erteilung sehr genau Acht gegeben und eine derartige Bemerkung nicht gehört. Die Schutzleute Holzmann und Schwegler, die angeklagt sind, den Mauer Heuß, der auf dem Kirchhofe als ganz Unbetheiligter anwesend war, geschlagen zu haben, stellen dies entschieden in Abrede. Die Vernehmung ist danach beendet und es wird zur Beweisaufnahme geschritten. — Der erste Zeuge, Polizeirath v. Hale: Ich bin auf dem Kirchhofe nicht gewesen. Dem Polizeikommissar Meyer wurde die bei den Allen befindliche Instruktion erteilt, eine andere Instruktion hat er nicht gehabt. Der Befehl, von der Waffe Gebrauch zu machen, ist allerdings nur in dem Sinne zu verstehen, daß zunächst alle anderen Mittel angewendet werden müssen und wenn diese erfolglos, von der Waffe Gebrauch zu machen ist. Polizeikommissar Meyer war zur Auflösung verpflichtet. Es hätte allerdings erst der Versuch gemacht werden müssen, die Leute mit den Händen auseinander zu treiben. Ferner hätte der Polizeikommissar Meyer den Leyendeker, da dieser nicht zu sprechen aufhörte, verhaften sollen. Er durfte auch keinerlei Widmungsworte zulassen. — Verth. Rechtsanwalt Dr. Goldheim: Ist es dem Herrn Zeugen bekannt, daß in den Kreisen seiner Vorgesetzten, speziell im preussischen Ministerium, der Wunsch geäußert worden, anlässlich des Anwachsenden der Sozialdemokratie in Frankfurt, über die hiesige Stadt den kleinen Belagerungszustand zu verhängen? — Zeuge: Davon ist mir nichts bekannt. — Verth.: Der Herr Zeuge ist allerdings zu dieser Zeit noch nicht hier gewesen? — Zeuge: Ich kam drei Tage nach der Ermordung des Polizeiraths Dr. Kumpff nach Frankfurt und ich kann nur sagen, daß eher ein gegenwärtiger Wunsch in den Kreisen meiner Vorgesetzten vorhanden war. — Verth.: Ist es dem Herrn Zeugen bekannt, daß von der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes deshalb Abstand genommen wurde, da es noch nicht zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Sozialdemokraten gekommen war? — Zeuge: Davon ist mir absolut nichts bekannt. — Präsi.: Diese Frage hat doch wohl mit der Sache nichts zu thun? — Verth.: Doch, Herr Präsident, ich habe das Interesse, die Sache nach allen Seiten hin zu beleuchten. — Polizeidirektor Langer: Polizei-Kommissar Meyer hätte, seiner Instruktion gemäß, nur im äußersten Falle von der Waffe Gebrauch machen dürfen. So lange die Menge keinen Widerstand entgegensetzte, durfte mit der Waffe nicht vorgegangen werden. — Hier wird gegen 1 1/2 Uhr: Nachmittags die Sitzung auf 2 Stunden vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erscheint zunächst als Zeuge Kirchhofsvorwarter Gramen: Polizeikommissar Meyer hat mich, die beiden Seitenhore des Kirchhofs links und rechts zu schließen, ferner sagte mir der Polizeikommissar, daß die roten Schleifen von den Kränzen entfernt werden müßten. Es haben etwa 4-5 Leute Reden gehalten. Da der letzte Redner trotz mehrfachen Verbot, nicht aufhörte, so rief Polizeikommissar Meyer: „Die Versammlung ist aufgelöst!“ Der betreffende Redner hörte erst auf, als die Schutzleute blank gezogen hatten. Die versammelten, seitens des Polizeikommissars gerufenen Kommandanten konnte ich nicht hören. Als die Schutzleute blank gezogen hatten, stieß das Publikum auseinander. In einiger Entfernung sah ich, daß Schutzleute mit ihren Säbeln auf die Menge einschlugen; daß den Schutzleuten Widerstand geleistet worden, habe ich nicht gesehen. — Präsi.: Erkennen Sie in dem letzten Redner den Angeklagten Leyendeker wieder? — Zeuge: Ich habe den Redner nur von hinten gesehen, kann mithin denselben nicht erkennen. — Präsi.: Wann wurden die Seitenhore geöffnet? — Zeuge: Als Alles vorüber war. — Präsi.: Als die Leute schon draußen waren? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Polizeikommissar Meyer sagte: Die Seitenhore wurden geöffnet, als der Zug auf dem Kirchhof war? — Zeuge: Das ist auch möglich, genau erinnere ich mich dessen nicht mehr. — Schutzmacher Farrung: Als der letzte Redner Leyendeker sprach, löste Polizeikommissar Meyer die Versammlung auf und forderte die Menge dreimal zum Auseinandergehen auf. Diese dreimalige Aufforderung geschah hinter einander ohne jede Pause. Ob die Leute nach der Aufforderung auseinander gingen, weiß ich nicht. Es ging Alles so schnell, daß man kaum zur Bestimmung kam. Nach der dreimaligen Aufforderung zogen die Schutzleute ihre Säbel und schlugen auf die Menge ein. Ich selbst erhielt von einem Schutzmann zwei heftige Schläge, ohne vorher zum Verlassen des Kirchhofs aufgefordert worden zu sein. Ich war 12 Tage arbeitsunfähig. — Der Präsident verliest hierauf ein ärztliches Attest, das die letzteren Angaben des Zeugen bestätigt. — Präsident: Haben Sie eine rote Blume im Knopfloch getragen? — Zeuge: Dessen erinnere ich mich nicht mehr. — Präsi.: Haben Andere rote Blumen getragen? — Zeuge: Das weiß ich auch nicht, ich habe kein Gewicht darauf gelegt. — Friedhofsaufsesser Krug: Es wurde der Befehl erteilt, sobald der Leichenzug in Sicht sei, die beiden Seitenhore zu schließen; dies habe ich gethan und sind die Seitenhore auch, bis die Leute sämmtlich den Kirchhof verlassen hatten, geschlossen geblieben. Die Leute konnten sehr gut durch das Mittelportal gehen. Nachdem die Schutzleute blank gezogen hatten, war der Kirchhof binnen 1 1/2 Minuten geräumt.

Verth. H. A. Dr. Oppstein: Aus welchem Grunde hielten Sie die vertriebenen Schutzleute? — Zeuge: Damit dieselben am Ausgange des Friedhofes Ordnung machten, ich konnte doch nicht wissen, welche Ausdehnung der Tumult nehmen würde. — Verth.: Weßhalb öffneten Sie nicht lieber die Seitenhore, damit die Leute schneller den Friedhof verlassen konnten? — Zeuge: Dazu hatte ich keine Instruktion. — Präsi.: Haben Sie gesehen, daß von den Schutzleuten Jemand geschlagen wurde? — Zeuge: Nein. — Schauspielhaus-Inspektor Straub: Ich ging gerade in's Theater, als der Leichenzug bei mir vorüberkam. Der Zug kann etwa 500 bis 600 Personen stark gewesen sein. Es hatte den Anschein, als hätten sämmtliche Theilnehmer des Zuges rote

Abzeichen im Knopfloch getragen. — Schutzmännlein: Vor der Beerdigung wurde uns von dem Herrn Polizeikommissar Meyer eine Instruktion erteilt. Der Herr Kommissar sagte: Es wird heute eine sozialdemokratische Beerdigung, ähnlich wie bei Döll, stattfinden. Damit uns aber nicht ähnliche Dinge wie bei der Beerdigung vor 2 Jahren passiren, müssen wir uns versehen. Wenn ich also kommmandire „zur Waffe“, kann darf nicht mit der linken Hand die Menge zurückgedrängt werden, das will der Präsident nicht haben. Wenn ich sage: „zur Waffe!“ dann muß auch von der Waffe Gebrauch gemacht werden. Als nun Leyendeker nicht aufhören wollte zu reden, rief der Kommissar: „Die Versammlung ist aufgelöst und ich fordere die Menge auf, auseinanderzugehen!“ Als diese Aufforderung dreimal erscholl und Niemand Miene machte, den Kirchhof zu verlassen, rief der Herr Kommissar: „zur Waffe!“ In demselben Augenblicke wurde auch schon „geloppelt“, es thate jedoch derartig, daß ich der Meinung war, es würde mit flacher Klinge geschlagen. — Präsi.: Widerlegte sich denn Jemand? Das habe ich nicht gesehen. — Präsi.: Hatte denn, ehe das Kommando „zur Waffe“ gegeben wurde, die Menge Zeit, den Kirchhof zu verlassen? — Zeuge: Das nicht, aber es war doch wenigstens soviel Zeit, daß die Menge sich zum Verlassen des Friedhofes hätte entscheiden können; das that aber Niemand. — Präsi.: Haben Sie gehört, daß Polizeikommissar Meyer dem Hauen der Schutzleute geboten hat? — Zeuge: Ja wohl, der Herr Kommissar rief: Nur wenn Widerstand geleistet wird, ist mit der Waffe einzuhauen. — Präsi.: Konnten sämmtliche Schutzleute das letzte Kommando hören? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. — Präsi.: Als der Befehl „zur Waffe“ gegeben wurde, sprach da Leyendeker noch weiter? — Zeuge: Nein, als die „Klopperer“ losging, da sprach er allerdings nicht mehr. (Heiterkeit im Auditorium.) — Präsi.: Sprach aber Leyendeker noch, als die Aufforderung zum Auseinandergehen erfolgte? — Zeuge: Ich glaube, daß er zu dieser Zeit noch sprach. — Präsi.: Geschah die Aufforderung zum Auseinandergehen in Zwischenpausen? — Zeuge: Ja. — Präsi.: Haben Sie ebenfalls mit Ihrer Waffe eingehauen? — Zeuge: Nein, ich hatte keine Veranlassung dazu. — Schutzmännlein Roland macht dieselben Bekundungen, wie der Vorgänger. — Angeklagter Polizeikommissar Meyer: Die Bekundung, daß ich gesagt, es solle nicht, wie bei früheren Gelegenheiten, mit der linken Hand zurückgedrängt und mit der rechten Hand der Säbel in der Hand gehalten werden, ist eine Unwahrheit, die sich schon daraus erklärt, daß bei keinem früheren Anlaß der Säbel gezogen wurde. — Der Zeuge bekundet im Weiteren auf Befragen des Präsidenten: Er habe gesehen, daß der Angeklagte Winkel mit seinem Säbel geschlagen hat. (Fortsetzung folgt.)

Den streikenden Arbeitern der Siegel'schen Knopffabrik in Berlin wurde vorgestern die erste Unterstützung ausbezahlt. Wie uns der Vorstand des Freundvereins der Drechsler, Knopfmacher und verwandten Berufsgenossen mittheilt, erhielten die Bekehrten 12 M. und die Unbekehrten 10 M. Bis jetzt ist noch nicht ein gelernter Arbeiter in die Fabrik eingetreten. Der Arbeiter, welcher dort während der Arbeits-einstellung angefangen hatte, hat die Fabrik bereits wieder verlassen. Die Streikenden haben die beste Aussicht, den Sieg zu erringen. Der genannte Vorstand bittet alle Kollegen, auch ferner für thätigste Unterstützung der Streikenden zu sorgen; dann wird der Sieg in kürzester Zeit errungen sein.

Der Ausfuhrhandel des deutschen Zollgebietes im Jahre 1885 weist mit Deutlichkeit darauf hin, daß „in den weitaus meisten Industriezweigen die Ausführungen eine nicht unbedenkliche Stagnation zeigen.“ Kein Wunder, da ja die Weltwirtschaft an einer schleichenden Krise laborirt. So ist die Ausfuhr baumwollener Zeugwaren wieder unter die Biffer des Jahres 1882 gesunken, auch bei halbseitigen Waare liegt eine Abnahme vor. Bemerkenswerth ist auch die Verminderung des Exports in der Konfektionsbranche. Der Bergbau zeigt ein Sinken der Ausfuhr bei Koals und Eisenerzen. Die Eisenindustrie, die seit Jahren an gefährlicher Stockung krank, hat bei Eisenbahnlokalitäten und Eisenbahn- und Eisenbahnen nicht wieder erheit; die Ausfuhr schmiedeeisener Röhren ist beträchtlich gefallen, ebenso erlitt die Eisenbahnbranche einen Rückgang. Die Maschinenindustrie hat gleichfalls erhebliche Einbußen erlitten. Alle Postionen dieses Industriezweiges weisen bei fortgesetztem Preisrückgang eine Abnahme auf. Ähnlich ist es in der chemischen, der Glas- und Thonwaren-, der Leder-, der Papierindustrie. Nur so fort mit Grazie in infantum. Das sind die Wirkungen unserer kapitalistischen Produktionsweise, verschärft durch eine Gesetzgebung, die ihr Ideal in der chinesischen Mauer eines der anderen Staaten geradezu zur Repressionspolitik herausfordern den Sozialistens erblüht. Was die große Masse der arbeitenden Völker durch diese chronische Krise zu leiden hat, darüber schweigt des Ausfuhrhandelsnachweises Höflichkeit.

Aus Hannover wird von der „Arbeiter-Versorgung“ ein Fall mitgeteilt, der uns das praktische Christenthum der Herren Unternehmer in wunderbarem Maße zeigt. Ein Gewerbetreibender in Hannover (der Name dieses Ehrenmannes wird leider nicht genannt) hatte seinen 26 Arbeitern die Beiträge zur Ortskrankenliste voll vom Lohne abgezogen. Er hatte also die Arbeiter 1/2 zahlen lassen, obwohl er gesetzlich verpflichtet ist, 1/4 der Beiträge zu leisten. Der wacker Kapitalist schätzte Unkenntnis des Gesetzes vor, obwohl ihm nach Errichtung der Kaffe ein Exemplar der Statuten zugestellt worden war. Die Staatsanwaltschaft erhob die Beschuldigung, daß der Unternehmer sämmtlicher von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der Lohnabzahlung vorräthlich höhere als die nach den §§ 53 und 65 des Krankenlistengesetzes und nach dem betreffenden Paragraphen des fragl. Ortskrankenstatuts zulässigen Beiträge in Anrechnung gebracht habe. (Vergehen gegen § 82 des Krankenlistengesetzes). Das Amtsgericht verurtheilte den gesunkenen Herrn zu einer Strafe von 100 M. event. Haftstrafe von 20 Tagen. Hoffentlich muß der noble Patron auch das Geld, das er widerrechtlich seinen Arbeitern genommen hat, ersetzen.

Die Verhältnisse der englischen Schiffbauer sind auch im neuen Jahre keine besseren geworden; wie die Handelsblätter mittheilen, liegen noch keine größeren Bestellungen vor, und es wird lange dauern, bis einigermaßen Beschäftigung für die Tausende von Händen vorhanden ist. Die Arbeiter aber von den Rinde-Bezirken können, falls sie nicht zur Schiffbauergemeinschaft, einer der mächtigsten Trades-Unions, gehören, das Recht auf's Verhungern praktisch ausüben, und auch die Gewerkschaft, der kolossale Leistungen obliegen, kann, wenn die schlechte Geschäftslage noch lange anhält, auf die Dauer nur unter den größten Schwierigkeiten fortbestehen und muß mit vollen Segeln in das unerlöste Meer des Desajils fahren. Ein Beweis, daß die beste Trades-Union, diese mächtige Waffe der Selbsthilfe, doch nur ein zwar notwendiges, aber doch nur ein Palliativmittel ist, und daß gründliche Reformen nur durch die Gesetzgebung, durch eine andere Regelung der Produktionsweise möglich sind.

Briefkasten der Redaktion. Abonnet Düsseldorf Nr. 1861. Da Sie selbst zu geben, dem Art 65 nach schuldig zu sein, kann dieser Sie natürlich gerichtlich belangen, d. h. verklagen. Bestraft können Sie selbstverständlich nicht werden. Versuchen Sie doch, sich mit ihm in Güte zu einigen.

Verantwortlicher Redakteur R. Frankheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Spang in Berlin SW., Weichstraße 2. Hierzu eine Beilage.



## Sozialer Skandal.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Volkszeitung“ in einer ihrer letzten Nummern einen Leitartikel, der die größte Beachtung und die weiteste Verbreitung verdient. Das genannte Blatt kritisiert nämlich den geschmack- und maßlosen Luxus, welcher in den „Kreisen der höchsten Gesellschaft“ getrieben wird, aber in einem großen Theile der liberalen Presse nicht nur nicht die verdiente Kritik, sondern eine ebenso geschmack- und maßlose Bewunderung findet. Gerade wieder in den letzten Wochen, so fährt die „Volkszeitung“ fort, konnte man gewisse Blätter an keinem professoralen Würde geschriebenen Leitartikel auf einen ellenlangen Bericht über Bälle und Festlichkeiten in den „Kreisen der höchsten Gesellschaft“ zu stoßen, der nach Auffassung und Stil nur von einer gewiegten Schneidermamsell herrühren konnte.

Auch in diesem Falle sind wir weit entfernt, objektive und subjektive Schuld zu verwechseln. Geschmack und maßloser Luxus entsteht regelmäßig in Folge eines allzu tropischen Wachstums arbeitslosen Einkommens; er muß also in den Kreisen, denen die wachsende Grundrente, die Fleisch-, Getreide- und Viehhölle, ferner die Schutzölle und alle sonstigen Ertragsarten einer auf die einseitigen Interessen der bestehenden Klassen, auf die „Nüchternung von Millionen“ zugeschnittenen Politik große Reichthümer in den Schoß werfen, ohne daß sie deshalb auch nur einen Finger zu schaffender Arbeit zu rühren brauchen, gerade jetzt in besonders geisterreichen Fällen um sich wuchern. Die Ursache davon liegt aber nicht in der bekannnten, von Moralpredigern so oft verurtheilten Unergründlichkeit der menschlichen Natur, sondern in dem physiologischen Gesetze der Kontrastwirkungen.

Dies Gesetz, soweit es auf die hier besprochene Erscheinung seine Anwendung findet, besteht darin, daß der Mensch ebenso wenig, wie er fortwährend süße Speisen zu genießen vermag, fortwährend Freude und Glück genießen kann. „Nichts ist schwerer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen.“ In solchen Tagen tritt alsbald die Kontrastwirkung des Ueberdrußes ein. Um sich von diesem auf die Dauer unerträglichen Gefühl, welches schon so viele feinsten Leute in einen freiwilligen Tod gejagt hat, wieder zu befreien, muß sich der Betroffene einen Kontrast zu dem gleichmäßigen Glück seines Daseins zu verschaffen suchen, und dies ist auf zweierlei Weise möglich. Entweder kann er aus mühseliger Arbeit neue Genußfähigkeiten schöpfen oder er kann jenen Kontrast auch dadurch hervorrufen, daß er sein Glück zu erhöhen sucht, um ein volles Bewußtsein des Unterschiedes zwischen dem neuen Zustande und dem früheren zu gewinnen. Und obgleich dieser letztere Weg der weitaus schlechtere ist, da er schließlich zu einer völligen Abstumpfung der Nerven und zur geistigen wie sittlichen Bläsur führt, so ist er es natürlich doch, wenn die „Kreise der höchsten Gesellschaft“ einzuschlagen pflegen.

Soviel über die Entstehung des Luxus und zur Erklärung desselben als eines objektiven Ergebnisses unserer heutigen sozialen Zustände. Aber wenn wir billig genug sind, nicht auf die Schlechtigkeit einzelner Personen zurückzuführen, so dürfen wir deshalb doch nicht seine hohe Gefährlichkeit und tiefe Sinnwidrigkeit verkennen. Es liegt in der Natur des Luxus, daß er nicht nur jenen weit aus schlechteren, aber doch noch verhältnismäßig logischen Weg einschlägt, daß er nicht nur einfachere durch raffinirtere Genüsse zu ersetzen sucht, sondern gleichzeitig auch noch die wunderlichsten Seitensprünge macht, da eine Steigerung des Genußes auch durch die bloße Abwechslung erzielt werden kann. Daher die unfinnigen Ausgaben der Mode, bei welchen die Neigung zur Abwechslung mit dem Streben nach Befriedigung der Eitelkeit und des Ehrgeizes zusammenwirkt. Daher das häufige Einreisen und Umwerfen, dessen, das eben erst gebaut wurde, und überhaupt auf allen Lebensgebieten eine so große Vergeudung von Arbeitskraft! Der Ballanflug einer Frau aus den „höchsten Kreisen der Gesellschaft“ stellt oft eine Summe dar, welche Hunderte von fleißigen Arbeitern zusammen im ganzen Jahre nicht verdienen können. Diese Vergeudung von Arbeitskraft ist das eigentliche Grundübel des Luxus, wenn man nicht die einzelne Person, sondern die Gesellschaft ins Auge faßt.

Man kann nun aber gerade von unserem Standpunkte aus fragen: wenn sich der geschmack- und maßlose Luxus der Zeit als eine unvermeidliche Folge unserer politischen sozialen Zustände darstellt, wie soll ihn dann die liberale Presse austrotten können? Gewiß, Sittenpredigten sind gegen den Luxus so ohnmächtig, wie Strafgesetze; das lehrt der ganze Verlauf der Weltgeschichte auf tausend Blättern. Wir gehen sogar noch weiter. Wenn liberale Blätter sich gedrungen fühlen, über die Festlichkeiten in den „Kreisen der höchsten Gesellschaft“ zu berichten, so mögen sie immerhin noch das Beste an der Sache schildern, wenn sie sich spaltenlang über den Kleidertrödel verbreiten. Aber ist es ihre Aufgabe, dabei in die trüffelhafteste Bewunderung zu verfallen? Kreiden sie sozialen Skandal oder nicht, wenn sie sich spaltenlang in dem brillanten Stil eines Schmod über die Brillanten irgend welcher gräflichen oder freiherrlichen Rollen verbreiten, während sie eine Spalte weiter für die äußerlich ja freilich sehr unbeholfenen, aber innerlich tief rührenden Bestrebungen der Arbeiterinnen, ihre soziale Lage durch eine öffentliche Agitation zu heben, nur ein paar hochwürdige Redensarten übrig haben?

Was der geschmack- und maßlose Luxus in den „höchsten Kreisen der Gesellschaft“ von den liberalen Blättern erfordert, mag keine, wie wir zugeben, ohnmächtige Sittenpredigt sein, aber es ist noch viel weniger eine elende Lobhudelei. Für eine Presse, welche die ernstlichen Fragen der Zeit im ersten Sinn besprechen will, geziemt sich hier ein noch eine ernste Kritik. Denn der geschmack- und maßlose Luxus in den „höchsten Kreisen der Gesellschaft“ ist regelmäßig in der Weltgeschichte der nahe Vorbote sozialer Katastrophen gewesen. So im Ausgange des deutschen Mittelalters, als namentlich der Kleiderluxus in der dümmsten und widerwärtigsten Weise entartete und, wie Geiler von Kaisersberg erzählt, manche Frau, die nach der Höhe des damaligen Geldwertes ungeheure Summe von dreitausend Gulden auf ihren Röschmud verwandte. „Es wird darauf“, schreibt der berühmte Satiriker, „manch groß Uebel kommen in deutschen Landen, als ich fürchte.“ Und es kam der deutsche Bauernkrieg.

Und wieder in diesem Jahrhundert stand im Frühjahr von 1868 vor einem Gerichtshofe in Paris ein Buchbinder, Namens Barlin, angeklagt als Mithäuf der Internationalen, und er sagte: „Für das Rothdürstige fehlt es den Armen, aber das Unnothige ist im Ueberflusse da; während Millionen armer Kinder nackend gehen, glänzen auf den Weltausstellungen Shawls zu fabrikhaften Preisen, die über zehntausend Arbeitstage gekostet haben.“ Und dieser selbe Barlin stand drei Jahre später mit an der Spitze der Pariser Kommune.

Das sind die Lehren der Geschichte, und ehe die liberale Presse sich mit diesen nicht durchdrungen hat bis in das letzte Wort ihrer letzten Spalte hinein, wird freilich auch sie die großen Räthsel der Zeit nicht lösen können.

## Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung vom 16. März, 11 Uhr.

Am Ministerische Lucius, von Gögler und Rommelfaren.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt. Bei Kap. 125, Medizinalwesen, befragt Abg. Frhr. v. Heereman, daß seine Worte vom vorigen und aus früheren Jahren unbeachtet verhallt sind, daß immer noch das harte Gesetz besteht, welches den krankenspendenden Orden die Ausübung ihrer segensreichen Thätigkeit verbietet. (Zustimmung im Centrum.) Wenn er unter solchen Umständen trotz des bisherigen Misserfolges nochmals dasselbe vorschläge, so gehe es nicht, um den Krankenpflanzern, ihrem Thun, ihrer Selbstlosigkeit und Aufopferung ein Loblied zu singen, dessen bedürften sie nicht, das begehrien sie nicht; aber er müsse es thun, weil der Unwille in der katholischen Bevölkerung aus Höchste gestiegen sei darüber, daß das verderbliche, die Werke christlicher Liebe verhöhrende Gesetz noch immer zu Recht bestehe. (Sehr gut! im Centrum.) Ganz besonders unliebsam werde das Gesetz durch seine Ausföhrung, denn bei der kleinsten, nur scheinbaren Zuwiderhandlung gegen dasselbe werde der ganze Ueberwachungsapparat, selbst bis zu den Ministern hinaus, in Bewegung gesetzt. Redner führt einen derartigen Fall aus jüngster Zeit an, wo wegen Nichtanmeldung einer vorübergehend sich aufhaltenden Schwester schließlich sogar ein Ministerial-Erlass ergriffen worden sei. Auf solche Weise werde das Vertrauen der katholischen Bevölkerung in die Gerechtigkeit der Staatsbehörden erschüttert. Justitia est fundamentum regnum ist ein Mahnwort, welches die Regierung beherzigen und daher das hindernde Gesetz möglichst bald aus der Welt schaffen sollte! (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf (Eberfeld) bittet den Minister dringend um die endliche Durchföhrung der schon seit Jahren in Aussicht gestellten, auch vom Minister als dringlich erkannten Medizinalreform. Am Geldpunkte könne und dürfe die Sache nicht scheitern, denn das Medizinalwesen sei in dem 56 Millionen Mark betragenden Kultusetat nur mit etwa 1 1/2 Millionen Mark äußerst bescheiden bedacht, so bescheiden, daß man sagen dürfe, länger könne das Medizinalwesen ungestraft nicht vernachlässigt werden. Redner geht sodann näher auf das Bedürfnis einer deutschen Ärzte-Ordnung ein, welche den Aerzten volle wirtschaftliche Freiheit unter Aufhebung der staatlichen Beaufsichtigung der ärztlichen Thätigkeit bringen müsse; dagegen solle die Abänderung der Verlesung der ärztlichen Standesbeurtheilung durch eine staatlich anerkannte Ärztevertretung, durch sogenannte ärztliche Ehrengerichte, stattfinden. Allein über diese Ehrengerichte bestche innerhalb der betreffenden Kreise keine Uebereinstimmung, dagegen wüßte man dringend eine staatlich anerkannte Vertretung des ärztlichen Standes. Deshalb richte er vor Allem nochmals an den Minister die dringendste Bitte, die preussische Medizinalreform in Angriff zu nehmen und auszuföhren. (Beifall.)

Abg. Cremer (Zeltow) erklärt seine volle Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Abg. Frhr. v. Heereman; so lange noch so viel Unsittlichkeit im Staate vorhanden sei, wie jetzt, solle sich der Staat um anderes kümmern als darum, wie er die Thätigkeit der krankenspendenden Orden zu hindern vermöge. Redner bittet ferner um Aufhebung des Verkaufsverbots homöopathischer Arzneimittel, welche anerkannt unschädlich seien. Noch niemals habe sich Irmand mit solchen das Leben genommen, dagegen würden Oleum, Keesal, Phosphorstreichhölzer an Jedem verkauft, der etwa unbilligen Gebrauch damit machen wolle. Diesen unbegreiflichen Widerspruch bitte er zu beseitigen.

Abg. Birchow nimmt für sich und seine Freunde in Anspruch, daß sie schon zur Zeit des Ministers Fall dafür eingetreten seien, daß die Hörgelien gegen die barmherzigen Schwestern aufhören möchten. Es könne sie also kein Vorwurf treffen. Wenn er auch der Urheber des Wortes „Kulturkampf“ sei, so könne man ihn doch nicht für jeden unter diesem Namen begangenen Mißbrauch verantwortlich machen. Das ursprünglich eine humane Einrichtung bedeutende Wort „Klinik“ ist sogar bis zur Demdenklini herabgesunken. (Große Heiterkeit.) Er habe aber mit dem Worte nicht eine Krankheit, sondern ein Heilmittel bezeichnen wollen, er habe mit dem Worte sagen wollen, man müsse sich über konfessionelle Streitigkeiten hinwegsetzen und einen für Alle gemeinsamen Boden christlicher Barmherzigkeit suchen. Habe er sich getäuscht, nun so liege dies eben in der vom Kaiserlichen Bismarck eingeschlagenen Bahn, von der sie allerdings sich vorher nichts gedacht hätten. Die Regierung müsse auch mehr Fürsorge durch Anstellung von Aerzten für ärztliche Gegenden treffen. Schließlich lenkt Redner die Aufmerksamkeit des Ministers auf die steigenden Erfolge, welche in Frankreich mit der Heilung der Hundswuth erzielt würden. Er spreche selbst kein Urtheil darüber aus, denn vor allem fehle hierzu eine unanfechtbare Statistik. Indessen sei doch die Zahl derer sehr groß, welche sicher, von einem tollen Hunde gebissen, geheilt worden seien. Anders lägen nun aber die Sachen, seitdem Herr Pasteur Versuche mit Thieren gemacht, diese nach der Behandlung dem Hitz notorisch toller Hunde ausgesetzt und dabei nach dem Urtheil hervorragender sachverständiger Männer gute Resultate, Immunität, erzielte. Bei solcher Sachlage bitte er um

Auskunft darüber, wie sich die Regierung zu der Sache stelle, ob sie es als ihre Aufgabe oder die des Reiches halte, der Sache näher zu treten.

Kultusminister v. Gögler: Dem Abg. von Heereman erwidere ich zunächst, daß wenn ich auch nicht mit allen seinen Urtheilen über die Bedeutung und die Konsequenzen des Gesetzes übereinstimmen kann, ich doch mit ihm die segensreiche Wirksamkeit der krankenspendenden Ordensgenossenschaften anerkenne und zugebe, daß die Entwicklung ihrer Thätigkeit in den letzten Jahren eine sehr lebendige gewesen ist. Was die von den Abgg. Graf und Birchow gemeinsam beröhrte Angelegenheit betrifft, so freue ich mich, eine Annäherung der beiden Ansichten herauszuföhlen; Herr Birchow hat etwas wärmer als früher den Standpunkt vertreten, daß eine Organisation geschaffen werden muß. Ich bin der Meinung, daß die Aerzte Preußens und Deutschlands die Pflicht haben, die der Neuorganisation entgegenstehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Was nun die Frage des Abg. Birchow in Betreff der Hundswuth angeht, so kann ja schon der einfache Laie nur mit dem alleräußersten Interesse den Untersuchungen sich zuwenden, welche im Nachbarlande stattfinden, und ich habe, soweit ich in der Lage gewesen bin, mit Hilfe des Reiches Material zur Beurtheilung zu bekommen gesucht und mir auch verschafft. Ich bin mit dem Herrn Reichskanzler und dem Reichsgesundheitsamt in Verbindung getreten. Es sind einige Wochen her, aber damals lautete das Urtheil des letzteren inhaltlich genau so, wie das des Herrn Abg. Birchow: es betrachte die Sache mit großer Reserve. Das schließt nicht aus, daß man mit größter, gespannter Aufmerksamkeit diese Frage verfolgt, aber ich glaube nicht, daß für Preußen oder das Reich jetzt schon die Möglichkeit gegeben ist, zu einer praktischen Arbeit überzugehen. Es könnte ja nur dadurch geschehen, daß man an der Hand von wissenschaftlichen Untersuchungen den ganzen Krankheitsprozeß erforscht, um vielleicht den gifttragenden Bazillen zu erwidern. Die ganze Frage ist ja, Gott sei Dank, für uns nicht von der praktischen Bedeutung, wie für das Nachbarland. Seitens eines Betreters der Wissenschaft in Frankreich wurde kürzlich die Bemerkung gemacht, in Preußen sei die Frage nach Heilung der Hundswuth durch den Kauford gelöst. In dieser Anklage liegt ein ganz richtiger und hübscher Gedanke. Wir haben in unseren von Preußen auf das Reich übergegangenen Gesetzen und in den scharfen und einschneidenden Verordnungen nach meiner praktischen Erfahrung als Landrath sehr gesunde Vorschriften. Wenn man die Tollwuth bei einem Thiere erlannt hat, so tritt erbarmslos die Vernichtung aller derjenigen Thierindividuen ein, welche mit jenem in Beröhrung gekommen sind, und wenn die Tollwuth eines Hundes oder einer Katze in einem Distrikte konstatiert ist, so müssen die Hunde an die Kette gelegt oder dürfen nur mit Maulkorb und an der Leine ausgeföhrt werden. Der Erfolg dieser Bekämpfung der Hundswuth ist ein gleichbleibend ausgezeichneter gewesen, das beweist die Statistik. In Preußen sind in den letzten fünf Jahren, absehend mit 1884/85, an der Tollwuth erkrankte Hunde getödtet worden: 662, 532, 431, 350 und 352, und herrenlos umherlaufende und der Tollwuth veröchtigt zu beziehende im ersten Jahre des Letztums über 2400 und im letzten über 1400. Im Vergleich mit diesen großen Zahlen ist die Zahl der an Tollwuth erkrankten und gestorbenen Menschen sehr gering, sie beträgt: 10, 6, 4, 1 und 0. (Görl!) Ich glaube, das ist ein Erfolg, den wir doch sehr anzuerkennen haben, und welcher zeigt, daß wir mit den Verordnungen auf dem richtigen Wege sind. Nebenher bemerke ich noch, daß wir werden gegenüber den Erfahrungen in Frankreich die Hände nicht in den Schoß legen, sondern selbstthätig uns Mühe geben, die Vortheile der segensreichen Untersuchungen zu beachten. (Beifall.) Dem Abg. Cremer gegenüber bemerke ich schließlich noch der Minister, daß die Freigabe des Verkaufs homöopathischer Arzneimittel deshalb nicht erfolgen könne, weil sonst der Zweck der Maßregel, die Bekämpfung der Kurpfuscherei, vollkommen verfehlt und letzterer nur Vorschub geleistet werden würde.

Abg. Vorsch führt einen Fall in Reife an, wo der Aufnahme einer Ordensschwester Schwierigkeiten bereitet wurden.

Abg. Dr. Graf wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Birchow, der früher einen ganz anderen Standpunkt zur Organisationsfrage eingenommen, wie jetzt.

Abg. Dr. Langerhans glaubt, daß das Streben eines Theils der Aerzte, immer und immer zu organisiren, dem ganzen Stande nicht zum Vortheile gereiche, auch nicht von der Mehrzahl der Aerzte getheilt werde. Man möge es bei den freien wissenschaftlichen Vereinigungen belassen.

Das Kapitel Medizinalwesen wird bewilligt.

Bei Kap. 126, Allgemeine Fonds, kommt Abg. Lieber auf die neulich schon von ihm des Breiteren erörrerte Angelegenheit der römisch-katholischen und altkatholischen Gemeinde in Wiesbaden zuröck.

Minister Dr. v. Gögler hat die Akten über diese ganze Angelegenheit nicht zur Stelle und giebt erstlich zu bedenken, ob nicht durch solche Debatten das begonnene Friedenswerk gefährdet werden könne.

Das Kapitel wird bewilligt.

Im Extraordinarium werden die Forderungen für Neubauten u. bei den Universitäten Königsberg, Berlin, Greifswald, Breslau, Halle, Kiel, Göttingen, Marburg, Bonn bewilligt, desgleichen für eine Reihe von Neubauten für höhere Lehranstalten (u. a. in Berlin) und für Seminare.

Für Anwendung und Ausbildung des photogrammetrischen Aufnahmeverfahrens und um Ankauf von Instrumenten für diese Arbeiten sind 20 000 M. ausgeworfen.

Abg. Goldschmidt bewilligt die Forderung in der Form, wie sie vorliegt, nicht bedauerlich zu können, so warm er sich auch im vergangenen Jahre für die damalige Forderung von 10 000 M. ausgesprochen habe, und so sehr er die Bestrebungen der königlichen Staatsregierung anerkennt, der Photographie das Feld ihres Wirkungskreises zu erweitern. Es liegt mir daran, hier darauf aufmerksam zu machen, daß das photogrammetrische Verfahren auch von anderer Seite gepflegt wird, und das mit unbestrittenem Erfolge, ohne daß dafür Anforderungen an den Staat gestellt werden. Dr. Jordan an der technischen Hochschule zu Hannover, der die Nobil'sche Sahara-Expedition mitgemacht, hat nach photogrammetrischen Aufnahmen von Remels, eines Schülers unserer technischen Hochschule, jene bekannte Karte der Dasenstadt Gaffradach angefertigt. Unsere Berliner technische Hochschule besitzt einen Dozenten für Photogrammetrie. Der Architekt Sens, ebenfalls ein Schüler der genannten Hochschule, hat mit eigenen Apparaten den Dom zu Offenbach aufgenommen und in fast metergroßen geometrischen Zeichnungen alle Maße und Konstruktionsverhältnisse des herrlichen Bauwerkes niedergelegt. Derselbe Architekt weist gegenwärtig in Kleinaffen, um im Auftrage der Akademie der Wissen-



Kosten die dortigen Kunstverständigen aufzunehmen. Sie sehen also, daß ein Theil der Arbeit auf privatem Wege geschehen wird. Den Zwecken, welche das hohe Haus im Auge hatte, dient am besten der photographische Kunsthandel. Von ihm wird fast Alles, was an Baudenkmälern nennenswerth ist, aufgenommen und durch die Konkurrenz gezwungen, auch billig in den Handel gebracht. Aufgabe der Photogrammetrie ist es nicht, gefällige Blätter für das Laienpublikum zu liefern. Abante ich meinen Wünschen folgen, ich würde die eine Hälfte der geforderten Summe der Kommission zur Erhaltung der Kunstverständigen, die andere Hälfte den technischen Hochschulen Berlin und Hannover zur Verbesserung und Neuanschaffung ihrer photogrammetrischen Apparate bewilligen. Eine solche Vertheilung einer im Etat geforderten Summe widerspricht aber der Praxis dieses Hauses, und so muß ich mich darauf beschränken, Sie zu bitten, die Forderung abzulehnen.

Minister v. G. S. G. : Ich finde auch, daß das photogrammetrische Aufnahmeverfahren in der letzten Zeit im Gegenstand zu früher ein begeistertes Entgegenkommen gefunden habe. Es sind die Bauten in Marienburg, Mühlhausen und Wittenberg mit Hilfe dieses Verfahrens dem Publikum und vor allem den Architekten in allen ihren Fragen und Einzelheiten zugänglich gemacht worden. Verhältnisse für Photogrammetrie existieren nicht, sie wird aber in Verbindung mit der Geodäsie behandelt.

Auf eine Anfrage des Abg. Potichius erwidert Minister von G. S. G. , daß die Schliemann'schen Sammlungen in dem ethnologischen Museum untergebracht werden sollen, das im Oktober oder November dem Publikum geöffnet werden wird.

Zum Um- und Erweiterungsbau, sowie zur Ausrüstung des ehemaligen Hygiene-Ausstellungsgebäudes in Berlin für die akademische Jubiläumskunstausstellung im Jahre 1886 ist ein Staatsbeitrag von 100 000 M. ausgeworfen.

Abg. Meyer (Breslau) glaubt, daß das Kneipenleben im sogenannten nassen Dreieck mit den künstlerischen Zwecken der Ausstellung nicht zu thun habe und ganz des ethischen Hintergrunds entbehre. Jedenfalls dürfte dasselbe nicht über 10 Uhr Abends ausgedehnt werden.

Minister v. G. S. G. : Es steht fest, daß der Zweck der künftigen Ausstellung nicht der einer Bierneipe sein kann. Es ist aber auch notwendig, für die Erfrischung der körperlichen Kräfte zu sorgen. (Verhättnis Zustimmung rechts) Die Bemerkungen des Redner's zielen wohl auf sittenpolizeiliche Einrichtungen? (Abg. Meyer: Nein, es geht zu spät in die Nacht hinein!) Als letzter Termin ist 11 Uhr in Aussicht genommen.

Abg. Kieschle wünscht eine detaillirtere Auskunft über die Verwendung der geforderten Summe, da in der Kommission darüber nicht verhandelt zu sein scheint.

Minister v. G. S. G. : Die gesamten Baukosten werden 315 000 M. betragen. Davon trägt 100 000 M. der Staat, 100 000 M. die Stadt und den Rest der Fonds der Akademie der Künste. Das nasse Dreieck verdient von jetzt an mehr den Namen klassisches Dreieck, denn es sollen auf demselben die klassischen Funde aufgestellt werden.

Abg. Wolff (Teltow) glaubt, daß der Abg. Meyer mit seiner ruhmvollen Vergangenheit in Bierangelegenheiten gebrochen habe. Es sei doch nichts Unstilles, wenn der Berliner noch über 10 Uhr hinaus kneipe.

Abg. Meyer (Breslau) : Dagegen habe er gar nichts, er wolle nur nicht, daß der Staat oder der augenblickliche Richter des Staats der bevorzugte Bierwirth wird. Bisher ist nach Schluß der eigentlichen Ausstellung gegen Zahlung eines niedrigen Entrees das Publikum in den Ausstellungspark gelockt worden zu Zwecken, die mit den Ausstellungszwecken nicht das Geringste zu thun haben.

Minister v. G. S. G. : Sämmtliche Entrees sollen in die Kasse der Akademie der Künste fließen. Niedrigere Entrees nach Schluß der Ausstellung sollen nicht erhoben werden. Darin liegt vielleicht ein Korrektiv.

Der Titel wird bewilligt. Zur Fortführung der Restaurationsarbeiten beim Schlosse in Marienburg werden 25 000 Mark gefordert.

Abg. Döring befürwortet die Position. Das Marienburger Baudenkmal solle auch künftigen Jahrhunderten ein Wahrzeichen sein für deutsche Kultur gegenüber dem Ansturm fremder Nationalitäten.

Abg. Kantak begreift nicht, was die Polen mit dieser Sache zu thun haben. Um dem Abg. Döring aber zu zeigen, daß die Polen auch ihrerseits das Deutschthum stärken wollten, so erkläre er, daß er mit seinen Freunden für die Position stimmen werde.

Abg. Dr. Wehr (Dt. Krone) würde sehr bedauern, wenn wie er aus einer Bemerkung im Etat schätze, im nächsten Etat keine Summe für die Marienburg ausgeworfen werden sollte. Die Entwürfe aus der Lotterietafel würden, selbst wenn alle Loose abgekauft würden, für diese Zwecke nicht ausreichen.

Minister von G. S. G. ist in dieser Beziehung nicht orientirt.

Der Titel wird bewilligt. Nach Erledigung der letzten Titel des Extraordinariums des Kultusbeirats beantragt Abgeordneter Windthorst vor Eintritt in die Beratung des Lotterietats die Vertagung; das Haus tritt dem Antrage bei.

Präsident v. K. S. G. schlägt vor, den morgenden Sitzungstag, nicht als Schwerinstag, sondern zur Fortsetzung der Etatsberatung zu verwenden, da er die Hoffnung hege, die zweite Beratung des Etats werde in einer Sitzung zum Abschluß zu bringen sein. Das Haus ist damit einverstanden.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung: Lotterietat, Etat brüder Häuser des Landtages, Extraordinarium der Staatsarchiv, Staatsgesetz.)

## Parlamentarisches.

Aus dem Reichstage. Gestern war, um den Kommissionen Zeit zur Arbeit zu lassen, die Beratung ausgefallen und es haben denn auch die Kommissionen für das Sozialistengesetz und diejenige für die Branntweinmonopolvorlage gestern Vormittag Sitzungen abgehalten. In der Sozialistengesetz-Kommission hatten die Abg. Kröber und Groß vor anstehenden zweiten Beratung beantragt, daß der letzte Absatz des § 1 des Sozialistengesetzes gestrichen werde. Der betreffende Absatz lautet: „Den Vereinen gleich gelten Verbindungen jeder Art.“ Die Veranlassung, diese Streichung zu beantragen, war die im August v. J. verbotene resp. Sanktionierung der Kräcker'schen Druckerei in Breslau. Nach eingehender Begründung des Antrages von Seiten des Herrn Kröber sprach der Minister v. Puttkamer gegen denselben, da, wie er behauptete, die Annahme des Antrages eine Annulirung des § 1 des Gesetzes bedeute, indem sich dann alle revolutionären Elemente ohne Vereinsorganisation zusammenfinden würden, ohne daß es möglich sein würde, gegen dieselben einzuschreiten. Nach wiederholter Rede und Gegengrede zwischen den Herren Abg. Meyer Halle und Kröber einerseits und des Herrn v. Puttkamer andererseits wurde der Antrag Kröber abgelehnt. Hierauf wurden die Anträge Windthorst so wie in der ersten auch in der zweiten Beratung angenommen, jedoch wurde in der Schlussabstimmung das so amendirte Gesetz gegen fünf Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag, das Gesetz nur auf zwei Jahre zu verlängern, wurde mit der Ablehnung der Regierungsvorlage hinfällig. Die Kommission kommt also, da durch die Abstimmung alles, auch die Regierungsvorlage,

abgelehnt ist, mit leeren Händen vor das Haus und kann somit das Spiel im Plenum von Neuem losgehen. Ob die Zentrumsfraction beim Herr Windthorst nunmehr gleichwie vor zwei Jahren im Plenum die in der Kommission durch die Schlussabstimmung besetzten sogenannten Verbesserungsanträge wieder aufnehmen wird, bleibt natürlich abzuwarten. Hervorzuheben ist aber, daß von Seiten desentrums nach Ablehnung des Gesetze — Vorlage wie amendirtes Gesetz — erklärt wurde, daß ihre — der Zentrumsmitglieder — Abstimmung nur eine eventuelle sei, wodurch sich die Herren allerdings freie Hand behalten, mit wie viel Stimmen sie die Verlängerung des Gesetzes durchzuführen helfen werden.

In der Kommission für die Branntweinmonopolvorlage wurde nunmehr, da in der vorigen Sitzung die §§ 1 und 2 abgelehnt worden waren, die ganze Vorlage verlesen. Eine längere Diskussion veranlaßte ein Antrag der Monopolfreunde, welche für die den Gesetzentwurf betreffenden Petitionen einen resp. zwei Referenten ernannt und zu deren Berichterstattung eine neue Sitzung anberaunt wissen wollten. Dieser Antrag wurde mit allen gegen 7 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde in die Diskussion der von dem Abgeordneten Döbelhäuser (nationalliberal) beantragten Resolution eingetreten. Diese Resolution hat folgenden Wortlaut: „In Erwägung, daß die Bedürfnisse des Reichs und vieler Einzelstaaten, insbesondere Preußens, eine Erhöhung der bisherigen Einnahmen dringend erfordern; in fernerer Erwägung, daß der Branntwein sich als das geeignetste Objekt für Erzielung ansehnlich höherer Einnahmen empfiehlt, erachtet der Reichstag die verbündeten Regierungen, in der nächsten Session unter Berücksichtigung der Bedeutung der Brenneret als landwirthschaftliches Nebengewerbe, einen Gesetzentwurf zum Zweck einer höheren Besteuerung des Branntweins einzubringen, auch in Erwägung zu ziehen, daß dem Verkauf gesundheitsgefährlichen Branntweins vorgebeugt und die überhandnehmende Trunksucht bekämpft werden kann.“ Diese Resolution wurde mit Ausnahme der Konservativen und nationalliberalen Mitglieder von allen anderen Parteien, namentlich von deutsch-freikämpfer und sozialdemokratischer Seite, von letzterer griff der Abgeordnete Singer in die Diskussion ein, energisch bekämpft. Der Herr Finanzminister v. Scholz begrüßt wie wohl nicht anders zu erwarten war, die Resolution mit Freuden. Nachdem aber dem Abg. Döbelhäuser mitgetheilt wurde, wie in der ersten Sitzung der Kommission dem Abg. Buhl von Seiten des Ministers von Scholz in Bezug auf das Verhalten der nationalliberalen Partei Bescheid gesagt worden war, und wie auch jetzt wieder der Herr Minister von der Nothwendigkeit gesprochen, daß es seine Pflicht gewesen sei, gewissen Parteien den Mantel, hinter den sie sich verdecken, abzureißen, sah sich der Minister genöthigt, zu erklären, daß die Regierung, nachdem die national-liberale Presse sich erst für das Monopol ausgesprochen, die Partei im Hause aber gegen die Vorlage aufgetreten sei, von diesem Verhalten der Partei allerdings überrascht gewesen sei. Die jetzige Bereitwilligkeit, etwas zu Stande kommen zu lassen, mag durch die Position der nationalliberalen Partei im Lande geboten sein, es sei das aber nichts weiter, als daß diese Partei einen Mitschuldigen suche und diesen in der Regierung zu finden geglaubt habe, wenn durch ihre Schuld nichts zu Stande käme, und das sei der Mantel, den er der Partei abzureißen für seine Pflicht gehalten habe. Der Abg. Scipio behauptet dem gegenüber, daß sich seine Partei erst die Vorlage angesehen und dann Stellung dagegen genommen habe, die Gründe dieser Stellung seien klar ausgesprochen worden. Warum der Herr Minister etwas anderes dahinter sucht, wisse er nicht und seiner Partei könne er keinen Mantel abreißen, da keiner vorhanden sei; wenn der Herr Minister jemanden hinter dem Busch suchen wolle, so würde er seine, des Redner's, Partei nicht dahinter finden. — Nachdem Minister von Scholz sich noch gegen die Ausführungen Scipio's vertheidigt, hebt der Abgeordnete Singer hervor, daß die Sozialdemokraten gegen jede Branntweinsteuer seien, wenn nicht dafür andere das Volk belastende Steuern aufgehoben würden, da die armen Leute die Steuern zu tragen hätten. Das aber entspreche nicht der versprochenen Sozialreform. Eine solche könne er und seine Partei nur darin erblicken, wenn Gesetzsanktionen gemacht würden, wodurch das Einkommen der Arbeiter erhöht würde. Schließlich wurde die Resolution mit 14 gegen 9 Stimmen abgelehnt. — Beide Kommissionen, sowohl die für das Branntweinmonopol als auch für das Sozialistengesetz, kommen nun unverrichteter Sache vor das Plenum. Und wenn nun auch das Branntweinmonopol begraben ist und auch im Plenum keine Ausrufung feiern wird, so wird das Sozialistengesetz, wie wir glauben, im Plenum doch gerettet und demgemäß verlängert werden, und das wird dem Herrn Reichskanzler vorläufig genügen, da er für neue Steuern immer wieder Anhänger finden wird.

## Lokales.

Die von den Genossenschaftsvorständen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes zu erstellenden Berichte werden im Reichsversicherungsamt — und das kann allseitig nur beifällig anerkannt werden — einer strengen Kontrolle unterworfen. In einem solchen Berichte war die Mittheilung enthalten, daß der Vorkrönde bevollmächtigt werden sollte, die dem gesammten Vorstände nach dem Statut vorbehaltene Festsetzung der Renten der durch Unfälle Geschädigten im Interesse der Beschleunigung Namens des Gesamtvorstandes nach seinem eigenen Ermessen festzusetzen, wenn er sich bezüglich des zu bewilligenden Betrages mit dem nach dem Statut vorzuschlagsberechtigten Sektionsvorstand in Uebereinstimmung befand. Das Reichsversicherungsamt hat dies Verfahren für gesetzlich unzulässig erklärt. Die angeführte Geschäftsvorfahrung könne nur herbeigeführt werden durch eine Statutenänderung, in welcher die erforderlichen Befugnisse für den Vorkrönden erst geschaffen werden müssen. — In einem anderen Falle wollte der Genossenschaftsvorstand seinen Mitgliedern und Vertrauensmännern, wenn ihnen in Ausübung dieser ihrer Amtspflichten ein Unfall zustoßen sollte, eine Rente Namens der Genossenschaft bewilligen; auch diesen Vorschlag erklärte das Reichsversicherungsamt für unzulässig; es würde jedoch — so blieb es in dem Bescheide weiter — keinem Bedenken unterliegen, wenn auf Beschluß der Genossenschaftsversammlung diese die erwähnten Personen gegen die vorgezeichneten Unfälle bei einer Privatgesellschaft versichere mit einem von der Genossenschaft zu bestimmenden Rentensatze und wenn ihnen dann die Prämien als baare Auslagen von der Genossenschaft ersetzt werden.

Die Extreme berühren sich. Die lange Dauer der Kälte ist nicht die einzige auffallende Erscheinung dieses Winters, er hat auch eine andere sonderbare Folge, die man nirgends mehr empfindet, als am Redaktionsbisch, an dem die Sichtung des hereinfließenden Neujahrsmaterials vor sich geht. Der andauernde Winter, die strenge Kälte haben mit der sengenden Hitze, mit der verzehrenden Gluth des Sommers das gemein, daß sie die sogenannten „Seeschlange“ wieder zu neuem Leben elektrifizieren. Wenn man sich sonst erst in der Höhe des August mit Vorsicht gegen die Hundstagsgeschichten zu wappnen brauchte, in diesem Jahre seitte der März dieselben Anforderungen. Die Millionenerbschaften, die Karpen mit den Ringen, der älteste Kanarienvogel, die lenkbaren Luftballons — wir pflegen sie im Hochsommer mit all ihnen geduldiger Hochachtung in die Tiefen des Papierkorbes zu versenken, in der stillen Erwartung, sie dann auf ein Jahr bestattet zu haben. Daß sie sich nun im Hochwinter, ganz unseasonmäßig wieder haben erwecken lassen, grenzt an's Fabelhafte.

Aber sie haben sich sammt und sondert in den letzten Wochen eingestellt und ziehen nun, als wehben schon laue Frühlingslüfte, von Stadt zu Stadt als lustige Wandervögel, sicher, ein Freiquartier als Aftermiether in einem Winkel der Zeitungen zu finden. Um ein kleines Beispiel davon zu geben, wie die Phantastie geschäftig daran ist, auf die Tafel des Lebens Früchte zu legen, die erst im Herbst zu reifen pflegen, erzählt die „Nat. Ztg.“ folgende rührsame Geschichte, deren Familienähnlichkeit auf den ersten Blick erblickt. In Monto-Carlo, so heißt es in der einen, setzte ein italienischer Graf seine letzten fünf Tausend-Franco-Roten auf eine Karte, verlor, ging kaltblütig in sein Hotel, rauchte eine letzte Zigarette und erschöpfte sich. Als seine Gesehnschasterin, die in diesem Falle auch seine Geliebte war, seinen Tod erfuhr, nahm sie in der Verzweiflung Blausäure und hauchte mit seinem Namen ihren letzten Athemzug aus. Die Jose aber, die sich nun im fremden Lande allein sah und nicht wußte, was beginnen, stürzte sich aus dem Fenster. Es steht nicht in dem Berichte, aber es wäre ein hübscher Schluß gewesen, wenn hinzugefügt worden wäre, daß alle Drei in gemeinsames Grab umschleift und daß der Fürst von Monaco erschüttert ob dieser Tragödie an Dr. Thompson nach London telegraphirte, daß er bereit sei, die Bank aufzuheben. — Diese Geschichte war noch nicht vierundzwanzig Stunden alt, noch warm aus dem Ofen, da folgt ihr die Variante. Diesmal ist der Schauspieler Paris, Clarisse Dubois, eine sehr hübsch und talentvolle Schauspielerin — alle Künstlerinnen sind sehr hübsch und talentvoll, wenn ihnen etwas zustoßt — befand sich nach der Beendigung einer für sie an Ehren reichen Vorstellung im Begriff, die Treppe zu ihrer Wohnung „au quatrieme“ im Dunkeln emporzusteigen, als sie über einen die Treppe hinabstiegender angeheulenden Studenten so erschreckte, daß sie rücklings hinabstürzte und mit gebrochenem Genick augenblicklich todt liegen blieb. Der Student — er entstammt einer angesehenen Beamtenfamilie in Perpignan — war von dem Unglück, das er unbewußt angerichtet, so erschüttert, daß er in eine Gehirnansthenose verfiel. Seine Mutter eilt herbei, ihn zu pflegen. Bergleich ist alle ärztliche Kunst. Er stirbt, und die verzweifelte Mutter stürzt sich aus dem Fenster, wobei sie ebenfalls den sofortigen Tod findet. In diesen beiden Fällen ist die Sauberkeit, mit der die Verfasser arbeiten, durchs auszuzeichnen. Da ist keine halbe Arbeit, sie sind entschlossen, ihre Leser zu erschüttern, und weisen deshalb alle Sentimentalität weit von sich. Man hätte ja der italienischen Jose ein Gegengift geben können, oder die trostlose Mutter mit einem zerbrochenen Arm davon kommen lassen können, aber dann wäre die Trilogie der Unglücksfälle zerstört und die erschütternde Wirkung zweifelhafter. In diesem Sommer tritt in Berlin der Naturforscherkongreß zusammen. Dieses Ereigniß überhebt uns, so hoffen wir, der Aufgabe, selbstständig nach Gründen für die von uns beregte seltsame Erscheinung zu suchen. Das Thatsächliche haben wir festgestellt und für die Richtigkeit der Beobachtung volle Bürgschaft übernommen. Aber über die Ursachen befinden wir uns im Unklaren. Es wäre dankenswerth, darüber etwas zu erfahren, wieso die „Entenwacht“ bei 10 Grad Kälte ebenso gedeiht wie bei 25 Grad Wärme.

An der hiesigen Universität fanden am Sonnabend die letzten Vorträge des Wintersemesters statt. Es waren diesmal die Mediziner, welche das Semester beschloßen, während die übrigen Fakultäten bereits vor acht Tagen die Vorlesungen beendigt hatten. Die Mediziner waren mit ihrem Studium noch so weit zurück, daß in der letzten Woche nicht nur Morgens und Nachmittags, sondern auch des Abends Kollegia gehalten wurden, die man am letzten Mittwoch sogar erst gegen 11 1/2 Uhr Nachts beendigte. Mit dem Schluß dieses Semesters hören auch die Erstjahrgänge in der Anatomie auf, welche stets nur im Winter stattfinden. In den letzten Monaten hatten die Studirenden an 200 Leichen erhalten, welche aus Krankenhäusern, der Charite, den Irrenanstalten, Gefängnissen zc. der Anatomie geliefert und von den Studirenden dort ganz zerstückt worden. Im Sommer werden in der Anatomie wöchentlich höchstens 5 bis 6 Leichen festigt und zwar meistens solcher Studirenden, welche in's Staatsexamen gehen. Die übrigen sterbenden Personen müssen sämmtlich beerdigt werden, da die Professoren der Ansicht sind, daß das Einatmen der Zimmerluft, in welchen Leichen gelegen, im Sommer sehr schädlich auf die Gesundheit wirken kann.

So harmlos wie die Sache dargestellt wird, sind die in den letzten Tagen mehrfach erwähnten „Aprilscherz“ einer hiesigen Luxuspapier-Firma nicht. Namentlich die Erbschaftsmittelungen, welche doch stets auf der Todesanzeige irgend einer wenn auch fingirten Person basiren, können unter Umständen recht bedenkliche Folgen haben und zu einem Unstuge ausarten, der um so gefährlicher wirken kann, je weniger man in der Lage ist, dem Urheber desselben auf die Spur zu kommen. Hierzu kommt noch, daß man sich in der Gedächtnis von Namen wenig oder gar keine Mühe gegeben hat, vielmehr die gangbarsten und populärsten mit in den Spag zieht, was das Bedenkliche der Sache nur noch erhöhen kann. Wer kennt Müller, Schulze, Lehmann, Schmidt nicht? Man stelle sich nun aber vor, Frau Müller erhalte am 1. April eine — scherzhaft gemeinte, aber sehr ernst gehaltene — Mittheilung von dem Tode ihrer Schwester und — die daran geknüpften Angaben einer ihr zugefallenen Erbschaft. Das erste Empfinden der Frau wird Schreck sein und sie wird in den meisten Fällen durch eine Ohnmacht oder noch Schlimmeres gar nicht davon kommen, sich zu überzeugen, daß Alles nur ein „Aprilscherz“ sei. Weiß man doch allgemein aus Erfahrung, daß man beim Lesen derartiger niederstimmender Mittheilungen kaum über die ersten Zeilen hinauskommt. Auf solche Weise kann ein abel angebrachter „Aprilscherz“ einen tragischen Ausgang nehmen und den Adressaten an Leib und Leben schädigen. Wie man doch fast täglich in den Blättern von Todes- sowie Wahnsinns- und anderen Krankheitsfällen, welche aus gleicher Ursache vorkommen. Wir glauben im Interesse der Allgemeinheit auf die Schwere und Gefährlichkeit des angezeichneten „Aprilscherzes“ hinweisen zu sollen.

Schumann kontra Schneemann! Im Hundsdumdröhen stand er da, mitten auf dem Troittoi nahe der Rottebuser- und Reichembergerstraßen-Ecke. Während das wachsame Auge des Volksgesetz auf den lebhaftesten Wagenverkehr an der Kreuzung der beiden Straßen gerichtet war, hatten sich unter dem Schutze des dichten Schneehügels ein paar Duzend fleißige Kinderhände daran gemacht und die erforderlichen Schneehaufen „zusammengetrudelt“, über einander gehaut und mit den Rudimenten eines alten Hutes gekönt. Beim Derrann nahen des Schumannes stieße die Schaar auseinander und sah aus sicherer Entfernung mit an, wie zwar der Hut und der obere Theil unter dem polizeilichen Angriffe zu Boden stürzte, aber der umfangreicher angelegte Unterbau erfolgreich Widerstand leistete. „Nehmen Sie n doch mit nach de Wache!“ wachte einer der Bengel mit rothen Waden und blühenden Schlämnaugen die hohe Obrigkeit zu lähnen; da nahe das Verböngniß dem Schneemann in der Gestalt eines sogenannten Nigenschiebers, der sein langgestelltes Handwerkzeug dem Widerstehenden tief in den Leib stieß und ihn umstürzte. „Guter Nacht, Karl! wenn's morgen wieder schneit, bauen wir einen an't Waserdhor, da sieht kein Schumann!“ So grüßten die Schaar auseinander. — Glückliche Jugend! Wie schade, daß auch dies harmlose Vergnügen in Berlin polizeiwidrig ist.

## Gerichts-Zeitung.

Von allgemeinstem Interesse ist die Entscheidung des 95. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts in einer Anklagesache wegen Erregung ruhestörender Wäms in ungebührlicher



Waise. Der Besitzer des Bauplazes Bülowstr. 69 Architekt Friedrich Hamann läßt des Nachts auf demselben zwei Hunde frei umherlaufen, welche durch ihr anhaltendes Bellen die nächtliche Ruhe der Umwohner stören. Auf die von vielen bei Polizeibehörde angebrachte Beschwerde hat dieselbe den Hamann angewiesen, Abhilfe zu schaffen; die Hunde haben aber noch nachher durch ihr anhaltendes Bellen — nach der Aussage eines Jungen hat dasselbe einmal zwei Stunden lang gedauert — die Bewohner der Umgebung schwer belästigt. Der Hausdiener des Angestellten, welcher in einen auf dem Bauplatz befindlichen Schuppen nächtigt, belandete zwar, daß dort zahlreiche Diebstähle ausgeführt worden sind und daß nur zur Verhütung derselben die beiden Wachhunde angeschafft wurden, auch daß dieselben nur gebellt haben, wenn verdächtige Personen sich in der Nähe des Baugrundes zu schaffen machten; der Gerichtshof erachtete es aber als die Pflicht des wegen obiger Uebertretung angeklagten Eigenthümers des Bauplazes, unter allen Umständen das ungebührliche und die nächtliche Ruhe störende Bellen seiner Hunde zu verhindern, sei es durch Anschaffung anderer Hunde oder durch anderweitige Bewachung des Platzes, und bestrafte ihn wegen der in der Unterlassung dieser Pflichterfüllung liegenden Erregung ruhestörender Lärms zu 6 Mark event. 2 Tagen Haft.

## Soziales und Arbeiterbewegung.

**Zum Streit in der Steinrußknopf-Fabrik von E. R. Siegel und Komp.** erhalten wir nachstehendes Schreiben: „In Ihrer letzten Sonntag-Nummer veröffentlichten Sie einen Aufruf des Vorstandes des Fachvereins der Drechsler, Knopf-arbeiter und verwandten Berufsgenossen, worin gesagt ist, daß die in unserer Fabrik beschäftigten Arbeiter durchschnittlich 10-13 M. resp. abzüglich 10 Pct. (das hieße 9-11,70 M.) verdienen und ferner, daß im Jahre monatlang die Arbeitszeit verkürzt sei, so daß der Wochenverdienst nur 5-8 M. betrage etc. Gestatten Sie uns folgende Verichtigung, um deren Veröffentlichung in Ihrem werthgeschätzten Blatte im Interesse der Wahrheit wir Sie höflichst ersuchen. Laut Auszug aus unsern Büchern vom 15. April 1885, dem Tage an, wo die Lohnreduktion von 10 Pct. in unserer Fabrik stattgefunden hat, bis zur Entlassung der mit unserem neuen und erhöhten Lohnsatz unzufriedenen Arbeiter, stellte sich folgender Netto-Wochenverdienst heraus: Rein einjiger Arbeiter verdiente unter 13 M., dagegen viele 18-25 M. pro Woche. Der Netto-Durchschnittsverdienst der entlassenen Arbeiter stellt sich auf 16,25 M. pro Woche. Bei Berechnung dieser, aus unsern Büchern gezogenen Löhne, deren Richtigkeit wir Ihnen sehr gerne nachweisen, ist für jeden Tag der Woche volle zehnjährige Arbeitszeit angenommen worden, obgleich während vieler Wochen, durch die Ungunst der Mode, die tägliche Arbeitszeit um mehrere Stunden verkürzt war. Ist also nach der Ansicht der Steinrußknopf-arbeiter eine Verringerung unserer Artfaktors zu erwarten und können wir wieder anhaltend volle Tage arbeiten lassen, so ist gewiß keine Veranlassung zum Streit vorhanden. Hochachtungsvoll ergebent E. R. Siegel und Komp.“

Eine sonderbare, aber bezeichnende Erklärung giebt der Zigarettenfabrikant Herr Gustav Schmidt in Altdorf, in dem „Wochenblatt für Geyer“ ab. In derselben heißt es, daß seine Zigarettenfabrik seit 50 Jahren bestrebt und jetzt über 500 Arbeiter beschäftigt; trotzdem wäre er genöthigt, die Zahl seiner Arbeiter noch zu vergrößern. Er habe sich deshalb an die sächsische Regierung in Dresden gewandt, ob und wo im Erzgebirge genügend, freie Arbeitskräfte zur Anlage einer Zigarettenfabrik vorhanden seien. Das Ministerium hat ihm die Stadt Geyer empfohlen, und die dortigen städtischen Behörden hätten sein Vorhaben unterstützt. Doch die Bevölkerung habe ihm kein Vertrauen entgegengebracht. Um das Mistrauen zu zerstreuen, wolle er folgendes erwähnen: „1. Zum Erlernen a) des Abrippens, b) des Wickelmachens und c) des Zigarettenmachens ist eine Lehrzeit von 2 bis 6 Monaten erforderlich, nach welcher Zeit die Arbeiter zu den gewöhnlichen Akkordlöhnen ihr gutes Auskommen haben, während die volle Geschicklichkeit und damit verbundener noch höherer Verdienst erst nach 2 bis 3 Jahren erreicht werden. 2. Da die Leistungen in den ersten Tagen und Wochen der Lehrzeit so gering sind, daß von einem eigentlichen Verdienst nicht die Rede sein kann, so bewilligt die unterzeichnete Firma ihren Lehrlingen in Geyer ausnahmsweise einen Stundenlohn von 5/4 bis 6 Pf. für jugendliche, von 8 Pf. für erwachsene Arbeiterinnen, und wird denselben so lange fortbezahlen, bis die nach Akkordlöhnen berechneten Leistungen einen höheren Lohn bedingen. 3. Der Vortheil der Zigarettenindustrie für den Arbeiter liegt hauptsächlich darin, daß die Regelmäßigkeit der Beschäftigung ihm einen ununterbrochenen, lohnenden Verdienst sichert, während die Posaumentenindustrie z. B. ihm zeitweilig viel, zeitweilig aber gar nichts gewährt. Wenn also auch geschickte Posaumentenarbeiter zur Zeit so viel verdienen, daß ein Uebergang zur Zigarettenarbeit für sie nicht lohnend sein würde, so ist doch allen Eltern warm zu empfehlen, ihren Kindern nach Verlassen der Schule lieber die Zigarettenfabrikation erlernen zu lassen, als die Posaumentenarbeit oder die Strumpfweberei. Sie werden als erwachsene Leute denselben guten Verdienst, den letztere Industrien nur bei guten Konjunkturen gewähren, dauernd das ganze Jahr hindurch haben.“ — So der Herr Zigarettenfabrikant. — Sonderbare Erklärung, bemerkt dazu der „Gewerkschafter“, so sagten wir oben — ja wohl, sonderbar deshalb, weil hier so offen eingestanden wird, daß man mit Lehrlingen, Arbeiterinnen und blühigen Kräften überhaupt den eigentlichen Zigarettenarbeitern Konkurrenz machen will. Wenngleich Herr Gustav Schmidt von Akkordlöhnen spricht, nach welchen später den ausgebildeten Arbeitern der Lohn berechnet werden soll, so weiß man, daß diese Akkordlöhne genau so wie der Lohn überhaupt sich regelt nach der allgemeinen Lebenshaltung der Arbeiter in einer bestimmten Gegend. Im Erzgebirge ist die Lebenshaltung der Arbeiter niedrig. Herr Schmidt selbst zugestehen. Eine „neue Industrie“ in solcher Gegend einzurichten, ist deshalb im Interesse des Unternehmers wohl angebracht. Daß nun Herr Schmidt trotzdem keine Arbeiter erhalten kann und erst größere Verbesserungen machen muß, das zeigt, daß die geringe Zahl der zehnjährigen Arbeitszeit den jugendlichen Arbeitern 55-60 Pf., den erwachsenen 80 Pf. zahlen will, bis sie im Akkordlohn mehr verdienen können, so wird der Akkordlohn wohl derart niedrig gesetzt sein, daß die Arbeiter mit oben genanntem Tagelohn jahrelang zufrieden sein müssen und erst nach und nach denselben um ein geringes Maß übersteigen. Für solche Aussicht singt aber Niemand mehr eine Leierzeit an. Es ist daher nur „merkwürdig“, daß Herr Gustav Schmidt sich wundert, daß er zu solchen Bedingungen keine Arbeiter bekommen kann. Und ihrer ist auch eine genügende Anzahl zu haben. Herr Schmidt brauchte deshalb seine Fabrik in Altdorf nur zu erweitern und dann einen anständigen Lohn zu zahlen. Einige hundert gelehrte Arbeiter würden ihm dann schon in kurzer Zeit zur Verfügung stehen, er brauchte das Experiment des Erlernens dann gar nicht zu machen. Wie aber aus der Erklärung des Herrn Schmidt hervorgeht, so beabsichtigt derselbe in Geyer Fabrikation zu treiben lediglich mit weiblichen Arbeitskräften. Gelingt dem Herrn dies, so fabrizirt er dort natürlich billiger als in Altdorf, was er, was wir wohl nicht genau wissen, wahrscheinlich doch auch männliche Arbeitskräfte beschäftigt. Nach und nach würden dann die Löhne in Altdorf zurückgehen — der Hinweis auf die billigere Produktion in Geyer läge ja allzu nahe. Im Allgemeinen schon wird der Arbeitslohn in der Zigaretten-

fabrikation durch die immer mehr sich ausdehnende Benutzung weiblicher Arbeitskräfte in derselben gedrückt; und geschieht dies noch unter der Maske der Humanität, wie im vorliegenden Fall, nämlich um einer Gegend „durch Einführung einer neuen Industrie einen lang ersehnten Vortheil zu bieten“, so ist die Lohnrückerei doppelt verwerflich. Mögen die erzgebirgischen Frauen und Mädchen, auf deren überaus billige Arbeitskraft spekulirt wird, sich nicht dazu hingeben, einen Fabrikanten immer reicher und arme Arbeiter durch ihre Konkurrenz immer ärmer zu machen. Die Arbeiter aber erscheinen aus obigem Schriftstück wieder einmal die große „Humanität“ der Herren Fabrikanten, eine „Humanität“, die lediglich für die eigene Tasche sorgt.

Der Lebenszweck ist Konsumtion — so äußerte der bekannte Statistiker Engel in einem vielbeachteten Vortrag vor dem niederösterreichischen Gemeindeverein in Wien. Was ist Lebenszweck? Ist heute die Konsumtion? Der des Arbeiterstandes gewiß nicht, denn dieser erhält heute nur soviel als Antheil an den von ihm geschaffenen Reichthümern, als er zur Fortsetzung seiner drückenden Arbeit braucht, sein Lebenszweck ist die Produktion, die Produktion der Güter, welche den Besitzenden als Rente zuliegen, und er konsumirt nur soweit, als er zu diesem Zwecke gebraucht wird; wird er nicht mehr gebraucht, so ist es auch mit seinem Konsum zu Ende, er kann noch theilen, er kann durch widerrechtliche Mittel sich von der Habe anderer aneignen, aber rechtlich erkennt ihm die Gesellschaft nichts mehr zu. Daß der Lebenszweck der bestehenden Klassen der Genuß ist, das sehen wir allerdings an dem wahrhaftigen Luxus, der sich in unseren Salons, in den Theatern, auf den Anlagen psauartig entfaltet; hier wird der Genuß bereits zur Maßlosigkeit, und noch entsetzlicher, als alle die Entbehrungen, welche auf den untern Schichten lasten. Der Genuß, soweit er sich in den Schranken der Vernunft und Sittlichkeit hält und dazu beiträgt, das Leben reicher und vielfältiger zu gestalten, diese Art der Konsumtion so II allerdings der Lebenszweck Aller werden, aber daran arbeiten wir, Herr Engel; das ist nicht bereits verwirklicht. — Uebrigens leuchtete Engel mit einigen recht treffenden Bemerkungen in die Finsterniß hinein, die über unseren sozialen Zustand liegt. „Man weiß wohl, wie viel einem Ochs in Stallruhe gereicht werden und wie das Futter zusammengesetzt sein muß, wie viel ein Pferd braucht und wie viel ein Schaf, welches Wolle produziren soll u. s. w. Jeder Landwirth trägt die Fütterungsnormen in seinem Notizbuche mit sich. Von den Menschen aber weiß man es nicht.“ Man weiß nur so viel, daß die untern Klassen vielfach nicht genug zu essen bekommen und Engel selbst führt dafür ein neues Beispiel an. Er fand, daß die Kinder von wohlhabenden Eltern mehr wiegen, als jene von minder bemittelten Eltern. Ihr Körper enthält mehr schwerwiegende Substanzen; sie brauchen darum nicht größer zu sein, sie sind nur kräftiger konstituirte. Auch ein Italiener, Pagani, hat derartige Untersuchungen angestellt und gelangte zu ähnlichen Resultaten. Darnach scheinen heute viele ihren Lebenszweck verfehlt zu haben.

## Vereine und Versammlungen.

\* hr. Eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Welche Vortheile bietet den Arbeitern der Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts?“ fand am Donnerstag in Gräß Salon unter dem Vorhänge des Herrn Bremer statt. Herr Reichstagsabgeordneter Heine, der das Referat erstattete, begann mit dem Hinweis auf den bekannten Ausspruch Johann Jacobys über die Wichtigkeit des kleinsten Arbeitervereins. Die Ansicht, daß das Wohl des Volks der Zweck des Staates und daß der Staat verpflichtet sei, die Nothlage der arbeitenden Volksklassen zu beseitigen, entbinde die Arbeiter nicht der Pflicht, das ihnen Mögliche zur Besserung ihrer Lage selbst auszuführen. Der Gedanke der Versicherung auf Gegenseitigkeit, welcher die Arbeiter Berlins dahin gebracht hat, den Sanitätsverein zu gründen, habe auch den Häupten des Mittelalters und den in unserem Jahrhundert entstandenen Feuer-, Lebens- und sonstigen Versicherungsgesellschaften zu Grunde gelegen. Der Vortragende führte dann den Beweis, daß für die Arbeiter die Gefahr, krank zu werden und dadurch in die höchste Noth zu kommen, in viel höherem Maße vorhanden sei, als für die den besser situierten Ständen angehörenden Personen. Den die Gesundheit schädigenden Einfluß der Arbeit in den Fabriken besprechend, theilte er mit, daß in Halberstadt von 100 todgeborenen Kindern 95 solchen Müttern angehören, die in Fabriken arbeiten, daß bei der Maschinenfabrik im sächsischen Erzgebirge Kinder vom 4. Lebensjahre an von früh bis spät damit beschäftigt sind, Fäden in Nadelöhre zu bringen und an den Enden der Fäden Knoten zu machen, und für 350 Stüch 7 bis 10 Pfennig bekommen, und daß die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr und die Zahl der zum Militärdienst unbrauchbaren jungen Leute im sächsischen Erzgebirge in erschreckender Weise zunehmen. Der Vortragende legte dann den Jura des „Sanitätsvereins für Arbeiter beiderlei Geschlechts“ dar und wies darauf hin, daß die Lebens- und Leistungsfähigkeit des Vereins eine um so größere werde, je mehr seine Mitgliederzahl wachse, theilte mit, daß der von ihm gegründete Sanitätsverein in Halberstadt auch schon Beihilfsgeld im Betrage von 9 bis 60 Mark (je nach dem Lebensalter des gestorbenen Mitgliedes) geben könne, warnte davor, sich durch den Umstand, daß es Armenärzte gebe, von dem Anschluß an den Verein abhalten zu lassen, da man als arm nur einen solchen Anseh, der gar nichts mehr hat und schloß mit der dringenden Mahnung, dem Verein beizutreten. (Lebhafte Beifall.) Nach einer Pause in welcher viele Anwesende ihren Beitritt anmeldeten, nahm zur Diskussion zuerst Herr Dietrich das Wort, um darauf hinzuweisen, daß die ärztliche Hilfe, die der Verein seinen Mitgliedern garantirt, besser honorirt und deshalb auch sicherer und zuverlässiger sei, als die von den bei den Krankenkassen angestellten, oder viel zu niedrig besoldeten Ärzten gebrachte Hilfe. Es betheiligten sich dann die Damen Cantius, Gubela und Brandemann (die beiden letztgenannten warnten davor, trank Kinder in Krankenhäusern verpflegen zu lassen) und die Herren Hoppe, Wunt, Kuntel und Otto Schulz, der Vorsitzende des Sanitätsvereins, an der Diskussion. Es wurde schließlich mit allen Stimmen gegen eine die folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Reichstagsabg. Heine vollkommen einverstanden und ist der Ansicht, daß nur in der gegenseitigen Versicherung, wie sie hier der Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts bietet, den Arbeitern bei den vielfachen Krankheiten, von denen sie und ihre Familienangehörigen betroffen werden können die nöthige ärztliche Hilfe genügend garantirt ist; daher ist es Pflicht jedes denkenden Arbeiters, dem Verein beizutreten.“

Der zweite Kongreß der Köpfer Deutschlands fand am 1. und 2. März statt; eine besondere Bedeutung gewann derselbe dadurch, daß nicht allein die Densinger und Werkstudienarbeiter, sondern auch die Scheidenarbeiter sich zahlreich daran betheiligten. Erschienen waren (inkl. Berlin, welches 5 Abgeordnete sandte) 41 Delegirte in Vertretung von 32 Städten mit einer Gesamtzahl von ca. 3000 Köpfen, wovon die Hälfte Mitglieder von Fachvereinen ist. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Wanderunterstützungsfrage behandelt. Obwohl der erste Kongreß die Zentralisation derselben beschlossen hatte, beschloß der zweite Kongreß im Hinblick auf die schwierige Durchführung derselben, sowie wegen der immer noch nicht genehmigten Statuten (die Behörde verlangt ein Sachverständigen-Gutachten von zwei Juristen über die Existenzfähigkeit einer solchen Kasse), es bis auf Weiteres bei den lokalen Kassen zu belassen. Auch der Arbeitsnachweis wurde

den örtlichen Organisationen überlassen. Behufs besserer Ueberwachung von Arbeitseinstellungen, wegen Ansammlens eines allgemeinen Agitationsfonds, sowie Betreiben der Agitation im ganzen Reiche wurde eine aus 5 Mitgliedern bestehende Kontrol-Kommission mit dem Sitz in Berlin gewählt. Diese Kommission wurde mit außerordentlichen Vollmachten versehen und unter Aufsicht von 2 Koassoren (Sitz in Hamburg) gestellt. Auch die Akkordarbeit wurde einer eingehenden Kritik und Prüfung unterzogen, wobei man sich für die allmähliche Abschaffung derselben entschied. Die ersten diesbezüglichen Schritte sollen bei etwaigen Lohnforderungen gethan werden. Hinsichtlich der Ausbildung der Lehrlinge wurde in richtiger Erkenntniß zwar die genossenschaftliche Ausbildung befürwortet; da aber unter dem heutigen System ausschließlich den Herren Meistern die Vormundschaft über die Lehrlinge eingeräumt wird, beschloß der Kongreß, auch der Lehrlingsfrage künftighin mehr Beachtung zu schenken, sowie die Lehrlinge mehr für die Gesellschaft zu erziehen. Das auf den ersten Kongreß anerkannte Fachorgan der „Bauhändler“ wurde wieder als solches befähigt und die Kontrolkommission beauftragt, für die größere Vertheilung desselben Sorge zu tragen. Zugleich wurde ein in der Preßkommission thätiges Mitglied zur Berichterstattung auf dem in Dresden abgehaltenen Nauere-Kongreß bestimmt. Schließlich wurde die alljährliche Wiederkehr beschloßen und Hannover zum nächstjährigen Kongreßort bestimmt.

Der Fachverein der Steinträger hielt seine regelmäßige Mitgliederversammlung am Sonntag, den 14. März, bei Scheffer, Inselstr. 10, ab. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Unser heutiges Akkordsystem, dessen Licht- und Schattenseiten“, referirte Herr Kennthaler. Redner theilte zunächst der Versammlung mit, daß er aus mehreren Städten, wie Altona, Stettin, Wandlbeck und Hannover außer einem Gruß an die Kollegen Berlins die Nachricht von der Organisation der dortigen Kollegen erhalten habe. Auch die Kollegen Hamburgs haben es so weit gebracht, einen Verein zu gründen, trotz der vielen Schwierigkeiten, welche ihnen gemacht wurden. Referent führte alsdann etwas folgendes aus: Das Akkordsystem sei früher nicht so vorherrschend gewesen wie augenblicklich. Heute theile der Arbeiter seinem Arbeiter oft nicht das Rutrauen, das dieser ohne Aufsicht des Arbeitgebers fleißig arbeite. Der Arbeitgeber weiß ganz genau, daß, wenn er die Arbeit in Akkord vergiebt, sich unter den Arbeitern auch Konkurrenten finden und der Arbeitgeber dadurch die größten Vortheile erzielen kann. Durch diese Konkurrenz seien die Löhne immer mehr heruntergedrückt worden; die Uneinigkeit der Arbeiter sei dadurch sehr gesteigert worden. Dieses System habe uns die heutigen Lohnkämpfe gebracht. Redner forderte auf, dafür Sorge zu tragen, daß die „Akkordarbeit“ richtig bezahlt werde, damit sie sich nicht zur „Akkordarbeit“ gefalle. Der Arbeiter habe das Recht, eine menschenwürdige Existenz für sich und seine Familie zu beanspruchen. Aber nicht der Steinträger allein, sondern auch alle übrigen Bauarbeiter solle man nicht vergessen, welche oft nur einen Tagelohn von 2 M. bis 2,50 M. täglich erhalten. Auch für diese zu sorgen, sei die heiligste Pflicht, damit auch sie eine bessere Existenz, als heute der Fall ist, führen können. Es dürfte sich deshalb empfehlen, einen allgemeinen Bauarbeiterverein über ganz Berlin zu schaffen. An der Diskussion theilnahmen sich die Herren Wallentin und Reimann im Sinne des Referenten. Herr Wallentin äußerte sich dahin: „Wenn man in den sogenannten Gründungs Jahren das Akkordsystem für gut erkannt habe, so sei das nur bei einzelnen der Fall gewesen, die vielleicht als „Erster“ auf einem Bau fungirt und durch die Akkordarbeit Erfolge erzielt haben, weil sich die übrigen Kollegen nicht um die Lohnverhältnisse gekümmert und sich zufrieden gestellt haben. Redner ermahnt die Kollegen zur Einigkeit, nur dann würden ihre gerechten Forderungen anerkannt werden. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf innere Vereinsangelegenheiten. Es wurde ein Mitglied, welches andere Kollegen, mit welchen es zusammen arbeitete, überovertheilt und dadurch gegen das Statut des Vereins verstoßen haben soll, mit allen gegen 8 Stimmen von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Ferner wurde einstimmig beschloßen, ein aus 7 Mitgliedern bestehendes „Schiedsgericht“ zu wählen, welches in Zukunft alle derartigen Streitigkeiten zu untersuchen habe, um eine Einigung herbeizuführen, ohne erst die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen zu müssen. In dieses Schiedsgericht wurden gewählt die Herren Siefert, Reimann, Straß, Knaak, Schmidt, Harleib und Deich. Zu Verschiedenes wurde von Herrn Knaak angeführt, daß auf einem Bau in der Markgrafenstraße die Kollegen bei jetziger Periode noch früh um 5 Uhr anfangen zu arbeiten und die Arbeit sogar eine Mark billiger machen. Auf dem genannten Bau sei die Winde oder Krahn angebracht, siehe aber müßig, wahrscheinlich wolle man die Winde als Gependen benutzen, um die Arbeiter von etwaigen Anforderungen abzuhalten. Ferner wurde von Herrn Wallentin bekannt gemacht, daß das Lokal Lindenstr. 54 bei Gut sich als Arbeitsnachweisbureau gut eigne und der Wirth gefonnen sei, dasselbe aufzunehmen und etwaige Verrichtungen zu übernehmen. Das Nähere wird der Vorstand noch regeln. Herr Kennthaler theilte noch mit, daß sich ein Kollege am Vereinsvermögen vergriffen und dasselbe vernichtet habe; derselbe soll auch auf gesetzlichem Wege seinen Lohn dafür erhalten. Nachdem noch den Mitgliedern mitgetheilt, daß eine öffentliche Versammlung der Steinträger Berlins bei Altemann, Dammstr. 13, am 28. März stattfindet und zu regem Besuch derselben aufgefordert worden war, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

hts. Streit in Sicht bei den Tapezieren! Das ist nach dem Abstimmungsergebnisse der vorgestrigen, am Montag Abend, im Huggenhausen'schen Etablissement auf dem Moritzplatz unter Leitung der Gehilfen-Vorkommissionenmitglieder Sander und Staudinger stattgehabten und von ca. 500 Teilnehmern besuchten allgemeinen öffentlichen Tapeziererverammlung die Signatur im hiesigen Tapezierergewerbe. Dabei soll allerdings, wie es heißt, mit ziemlichlicher Sicherheit zu erwarten sein, daß der ausschlaggebende Theil der Prinzipalpaß, die große Mehrzahl der Unternehmer und Meister, die Gesamtheit aller wirklich humanen, billig denkenden und von soliden Geschäftsgrundsätzen geleiteten Arbeitgeber durch schleunige Bewilligung der beschriebenen, nichts weniger als Unmöglichkeit heischenden Gehilfenforderungen im eigenen Interesse ihrer Geschäfte die Ausdehnung der Arbeitseinstellungen von vorn herein in engere Grenzen zu bannen wissen werde. Bringe man, so wird und ferner verhofft, hierzu noch in Anschlag, daß eine nicht unerhebliche Anzahl von hiesigen Prinzipalpaß diese Gehilfenforderungen entweder schon im vorigen Herbst anerkannt und eingeführt hat, oder schon längst vorher, gleichwie noch bis zur Stunde bezahlet und bezahlet, so erscheint obige Annahme nur um so gerechtfertigter. Bezüglich des Verlaufs der vorgestrigen Gehilfenversammlung sei nur hervorgehoben, daß, nachdem Herr Sander eingehend über die diesjährigen Gehilfenforderungen referirt und die Versammlung längere Zeit sehr lebhaft darüber diskutirt hatte, zur Abstimmung über das für den 20. d. M. in Aussicht genommene Vorgehen mit den Forderungen und die eventuelle Arbeitseinstellung in allen Fällen der verflagten Bewilligung geschritten wurde. Auf Antrag des Herrn Wildberger erfolgte die Abstimmung mittelst Stimmzetteln mit voller Namensunterschrift und unter Angabe der jetzigen Adresse der Wotanten. Das Resultat der Abstimmung ergab 404 Stimmen für, gegen 8 Stimmen wider das Vorgehen und die eventuelle Arbeitsniederlegung. Unter den Theilnehmern an der Versammlung befanden sich, wie schließlich zur richtigen Beurtheilung des Stimmresultats bemerkt sein möge, auch eine größere Anzahl selbstständiger Tapezierer, die sich selbstständig an der Abstimmung nicht betheiligten.



Die Studateure Berlins beschäftigten sich am Sonntag in einer zahlreich besuchten Versammlung in Nies's Salon abermals mit dem Ergebnis der bisher stattgehabten Verhandlungen mit der Meisterkommission. Seitens der letzteren war der Lohnkommission der Gehilfen ein angeblich von der gesamten Vereinigung der Meister akzeptierter und von der Kommission derselben ausgearbeiteter Lohnvertrag als letzter endgültiger Bescheid übergeben und zur Verteilung derselben an die Kollegen dabei aufgefordert worden. Herr Heindorf theilte der Versammlung mit, daß bei der Unterhandlung mit den Meistern er diesen schon die Antwort erteilt habe, die Lohnkommission der Gehilfen sei nicht kompetent zur Aufrechterhaltung dieses Tarifs. Weiter verglich Redner den Tarif der Meister mit dem von der Gehilfen Lohnkommission aufgestellten Tarif. Inzwischen ging folgender Antrag ein: Die Versammlung wolle beschließen, den von den Meistern aufgestellten Tarif ohne weitere Diskussion zu verwerfen und den von den Gehilfen aufgestellten aufrecht zu erhalten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Dennoch animierte dieser Tarif zur Diskussion, zumal die größte Mehrzahl der Anwesenden aus früheren Unterredungen mit verschiedenen Meistern zu der Ansicht gekommen war, daß der vorgelegte Tarif nicht das Wert der gesamten Vereinigung der Meister, sondern nur ein von der Meisterkommission nach dem Gehilfentarif wörtlich abgelesener sei, an welchem bei verschiedenen Positionen indes recht erhebliche Abzüge gemacht sind. Ferner wurde dem Vorstand eine Resolution unterbreitet, welche lautete: Die heutige Versammlung der Berliner Studateure erklärt, fest und ganz an dem Gehilfen-Lohnvertrag zu halten und denselben mit allen gesetzlich gebotenen Mitteln durchzuführen. Auch diese Resolution wurde nach eingehender Diskussion, in welcher namentlich der Schluspaß derselben eingehend erörtert wurde, einstimmig angenommen. Außerdem waren verschiedene Anträge bezüglich der event. eintretenden Streiks gestellt, von denen der wichtigste: alle, den event. ausbrechenden Streik betreffenden Angelegenheiten zur Regelung, der Lohnkommission zu überweisen — angenommen wurde. Nachdem noch der Vorsitzende bekannt gemacht, daß am Montag, den 22. d. M., eine Fachvereinsversammlung und am Montag, den 29. d. M., eine öffentliche Versammlung, beide bei Nies, Kommandantenstraße 71—72, stattfinden werden, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 2 1/2 Uhr.

\* Die zum Sonntag Nachmittag nach dem „Odeum“ in Spandau berufene Maurer-Versammlung endigte mit politischer Auflösung. Es hatten sich etwa 100 Personen eingefunden; Meister waren nicht erschienen, obgleich die Spandauer Maurer diesen Herren vorher sowohl Blöße als auch unbedingte Sicherheit für ihre werthe Persönlichkeiten garantiert hatten. So stand es wenigstens in einem Inserat des „Anf. d. Havelland“, dem wir den folgenden Bericht entnehmen, zu lesen. Maurer Buge eröffnete die Versammlung und legte den Zweck derselben dar. Die Lage der Bauhandwerker, so führte er aus, habe sich von Jahr zu Jahr verschlechtert. Schuld daran seien ungünstige Winter, schlechte Arbeit, niedrige Preise; sie könnten daher auch nur ein sehr dürftiges Leben führen. Die Bestrebungen, durch eine feste Organisation den Stand zu heben, seien in vielen Städten des Reichs von Erfolg begleitet gewesen. Nur in Spandau fehle noch die Einigkeit, der Zusammenhang, und dies herzustellen, sei dringend notwendig. Es erfolgte sodann die Bureauwahl, bei welcher Buge zum ersten Vorsitzenden, Ferdinand Barwalde zum zweiten Vorsitzenden und Wilhelm Müller zum Schriftführer ernannt wurden. Nachdem der Vorsitzende mitgeteilt, daß auf die Tagesordnung „Besprechung über Angelegenheiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ gesetzt sei, ergriff Maurer Behrend aus Berlin, der Führer der vorjährigen großen Streikbewegung, das Wort. Derselbe sagte etwa folgendes: Die Arbeitgeber besitzen viel zu viel Dünkel und Egoismus, als daß sie es der Mühe werth hielten, mit den Gesellen in Verhandlung zu treten. Wer hat jenen aber zu ihrem Reichtum verholfen? Es ist lediglich die physische Arbeit, welche

wir ihnen geleistet haben. Der Löwenanteil aus demselben kommt aber nicht uns, sondern den sogenannten oberen Reichtum zu gute. Es ist nun zu erwägen, auf welche Weise wir etwas von diesem Reichtum für uns ablösen können. Das ist wohl jedem klar, daß von der Generosität und der Humanität der Reichen nichts für die nothleidenden Massen zu erwarten ist. Unsere Vereinigungen sollen dazu beitragen, die Noth zu lindern, damit wir ein menschenwürdiges Dasein fristen können. Unter uns ist wohl keiner, der sagen könnte, er lebt, wie es einem Menschen in einem Kulturstaate, der an der Spitze der Zivilisation marschieren will, zukommt, wenn man die Bedürfnisse betrachtet, deren Befriedigung das Leben heute fordert. Wir haben denselben Rechtsanspruch auf ein menschenwürdiges Dasein wie Bleichroeder und Rothschild. Der Redner setzte nun auf Grund der hier gesammelten Erfahrungen auseinander, daß der Maurer in Spandau durchschnittlich für die Stunde 30 Pf. Lohn erhält. Bei 2400 Stunden Arbeit im Jahre, die als Wagtstab angenommen werden müßten, würde er also 720 Mark verdienen. Für den Unterhalt einer Familie, die in den allerbescheidensten Verhältnissen lebe, seien nach seiner Berechnung 1018,22 Mark erforderlich. Hierbei sei die Ernährung der Familie mit 12 Mark wöchentlich veranschlagt; mit diesem Gelde könne man aber kein Luxusleben, sondern nur ein Bagabundenleben führen. In einem anständigen Dasein brauche die Familie mindestens 15 Mark. Betrachte man die Differenz, so sei es offenbar, daß der Maurer sich bei dem gegenwärtigen Lohn Entbehrungen auferlegen müsse; er verdiene also hier einen Entbehrungslohn. Die Großindustriellen klagten über die schlechte Geschäftslage. Die Ursache hierfür liege aber, wie der Redner meint, darin, daß die große Menge des arbeitenden Volkes, die Artikel, welche es selbst produziert, nicht wieder konsumieren könne, weil sie dieselbe nicht zu kaufen in der Lage sei. Hieraus resultire die Ueberproduktion, die dann die schlechte Lage der Industrie im Gefolge habe. Wenn man darauf entgegne, daß, sobald der Arbeiter lohnlos verbleibe, die Industrie mit dem Auslande nicht zu konkurrieren im Stande sei, so könne man behaupten, daß dann diese Industrie keine Existenzberechtigung habe, und daß dieselbe zu Grunde gehen könne, damit an ihre Stelle eine andere, bessere trete. Der Redner nannte dann zum Vergleich die Löhne, welche Maurer im Auslande erhielten, z. B. in Paris 7 M., in London 7—9 M. und in Chicago 10—15 M. täglich. Als er an dieser Betrachtung die Worte knüpfte: „Warum kann man dort solche Löhne zahlen, und warum verweigert man sie uns hier?“ — da löste der Polizeikommissarius Lindau die Versammlung auf. Das Versammlungsgelölal wurde ohne Zwischenfall geräumt. Die Spandauer Maurer beabsichtigen, mit einer Lohnforderung von 40 Pf. pro Stunde hervorzutreten. Die Spandauer Maurergesellen thun übrigens sehr recht daran, auf eine Erhöhung ihres Lohns zu dringen. Wenn irgendwo Bauunternehmer aller Art in verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne besondere Mühe wohlhabend geworden sind, so ist dies in Spandau der Fall, wo der Klus-Jahrzehnte lang in ganz kolossaler Weise gebaut hat. Es schadet gar nicht, wenn die Herren Meister einen Theil ihres unerbittlichmühsamen Unternehmerrgottes wieder herausgeben müßten, da sie außerdem bei fiskalischen Bauten denselben doch absolut nicht mit dem sogenannten „Nillo“ beschönigen können. Bei fiskalischen Bauten riskirt der Unternehmer nichts, als daß er von einem Konkurrenten überboten wird. Und hiergegen versehen sich die Herren gewöhnlich in ganz genialer Art zu schützen.

\* Öffentliche Versammlung der Schuhmacher am Donnerstag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Höpows Brauerei, Prenzlauer Allee 1—2. Tagesordnung: Die Lohnverhältnisse der Schuhmacher und der Streik in Fürth in Bayern. Referent Schuhmachermeister Herr Regner. Diskussion.

\* Öffentliche Versammlung der Tischler Berlins. Heute, Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, in Reisers Salon, Andrastraße 21. Tagesordnung: Die für Gemagregelte errichtete Werkstelle und die Geschäftshandhabung in derselben.

\* Bonifazstädtischer Bezirks-Verein „Vorwärts“. Mittwoch, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, Vereins-Versammlung in Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Kayser: Die politische Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

\* Fachverein der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurgischer und anderer Instrumentenmacher. Mittwoch, den 17. März, Abends 8 Uhr, bei Nies, Kommandantenstraße 71 bis 72, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Kränkel über: „Aus dem Rechtsleben“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Die Mitglieder werden ersucht, für jede Werkstatt einen oder mehrere Vertrauensleute zu wählen, welchen die Einladungen für sämtliche in der Werkstatt arbeitende Mitglieder des Vereins zugesandt werden. Gäste sind willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder.

\* Schneider Berlins. Donnerstag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Deutschen Vereinshaus, Wilhelmstr. 118, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. (Referent und Thema morgen als Inserat und an den Säulen.) 2. Die Geschäftspraktiken einiger neuerer Geschäfte der Reichsstadt. 3. Ergänzungswahl der Lohnkommission.

\* Fachverein der Steinbrüder und Lithographen. Versammlung Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr, im Königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72. T.-O.: 1. Abrechnung vom Winterfest. 2. Antrag befaßt Erweiterung des § 4. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten.

\* Arbeiter-Bezirks-Verein Süd-Ost. Ordentl. Mitglieder-Versammlung Mittwoch, den 17. März, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Urania“, Brangelstraße Nr. 9—10. Tagesordnung: Die jüngsten Vorgänge in der Stadtverordneten-Versammlung. Referent: Herr Mitani. Verschiedenes. Fragelasten.

\* Verein Berliner Mechaniker. Donnerstag, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant d. Göze, Alte Jakobstr. 118, Vortrag des Herrn Dr. Andreas Fod über: „Das Leonhard W.-ber'sche Photometer“ mit Vorführung desselben. Gäste willkommen.

\* Verein für Technik und Gewerbe, Mittelstraße 65. Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, Vortrag. Gäste willkommen.

\* Verein ehemaliger Schüler der 102. Gemeindegemeinschaft. Jeden Mittwoch nach dem Ersten und Fünftehnten jeden Monats, Abends 9 Uhr, Sitzung im Lokale Kaiser Franz-Grenadier Platz 7. Gäste sind willkommen.

\* Fachverein der Former und verwandten Berufsgruppen am Sonntag, den 21. d. M., Vormittags 10 Uhr in Krieger's Salon, Wasserthorstr. 68, Versammlung.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir machen unsere auswärtigen Abonnenten darauf aufmerksam, das Postabonnement rechtzeitig aufzugeben, weil sie sonst später 10 Pf. Strafbestellgeld zahlen müssen und außerdem die Zeitung unpünktlich erhalten.

Alter Abonnent. Das Markthallen-Bureau befindet sich Neue Friedrichstr. 35 part. rechts. Dasselbst wird jede gewünschte Auskunft in den Dienststunden wochentäglich von 10 bis 2 Uhr und Abends von 5 bis 7 Uhr erteilt. — Alle Anstellungs-gesuche sowie Meldungen zur Mithung von Ständen sind schriftlich an den Direktor Herrn Hausburg zu richten. — Der Verwaltungsdirektor für das städtische Erleuchtungs-wesen, Herr Cuno, wohnt Ritterstr. 43.

G. U. 11. Der Wirt ist nicht berechtigt, während Ihrer Mithzeit streichen oder einen Ofen abreißen zu lassen, wenn dies nicht entweder im Kontrakte ausdrücklich bedungen oder im Interesse der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich ist. Joseph. Der Reichstagsabgeordnete Meyer (Halle). Im Abgeordnetenhaus vertritt derselbe den Wahlkreis Breslau. W. St. Kastanien-Allee. Die Aufnahme stelle befindet sich bei Grothmann, Wolgasterstr. 8.

### Theater.

Mittwoch, den 17. März.  
Opernhaus. Orpheus und Eurydice. Oper in 3 Akten von Rossini, aus dem Französischen von J. D. Sandr.  
Schauspielhaus. Das Gefängnis. Vorher, zum ersten Male wiederholt: Sympathie.  
Deutsches Theater. Nathan der Weise.  
Wallner-Theater. Gastspiel des Herrn Ernesto Rossi. Der Königsleutnant.  
Residenz-Theater. Denise. Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).  
Belle-Alliance-Theater. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. 3 Müller.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Hagebaron, von Joh. Strauß.  
Walthalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspieler und 3 Akten von Jakobson und Willen.  
Bonifazstädtisches Theater. Abracadabra.  
Central-Theater. Der Stab-Kompeter.  
Victoria-Theater. Messalina.  
Ostend-Theater. Der Leiermann und sein Pfegelin.  
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Raufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.  
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

### Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 16. [851]  
Zum 5. Male:

Der Dämon des Spiels.  
Vollstündiges Spiel mit Gesang in 4 Akten.  
Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.  
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wochentags haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852]  
Kaiser-Panorama.  
II. Abth. Amerika, Kalifornien, Baden-Heidelberg, Konstantin, Wiesbaden u. Gertha-Reise. a. Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

### Dank.

Für die vielseitige Theilnahme und Begleitung zur letzten Ruhestätte des am 12. März verstorbenen

Heinrich Dubs

sage allen seinen Kollegen und Bekannten meinen innigsten Dank. Dank insbesondere seinem Chef, dem Herrn Pianofabrikanten F. Reumeyer, für seine thätige Theilnahme und Begleitung.  
Berlin, den 15. März 1886.

Frau verw. Dubs.

### Verband

deutscher Zimmerleute,  
Lokal-Verband Süd und Umgegend.  
Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr,

### Versammlung

Mariannenstr. 31/32, Indufriehallen.  
Tagesordnung:

1. Vortrag. [1013]
2. Betreffs der Delegirten zum Handwerktag.
3. Verschiedenes.
4. Fragelasten.

Der Vorstand.

### Arbeiterinnen-Vereins-Versammlung

Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Gratzwils Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79.

Vortrag des Herrn Limprecht. Thema: Das Volkstied. — Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. [1020]  
Der Vorstand.

Sorben erschienen: [1004]

Die Sozialdemokratie vor dem Deutschen Reichstage.

Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 18. Februar 1886. 1. Heft. — Preis 3 M. 0,30.

Su haben in unserer Expedition, Zimmerstraße 44.

Ein Band schöner Seiten, neu, 22 M., sofort zu verkaufen Reichensbergerstr. 183 im Kistengeschäft. [989]

Damen-Masken-Kostüme sind billig zu verkaufen. [1011]  
Wittwe Tisch, Admiralstr. 13 II.

Eine Schlafst. für einen Herrn zum April Alexandrinenstr. 59, d. 2 Tr. 7,50 M. [1012]

### Restaurant Wienerstraße 31

eröffnet habe und bitte, mich durch geneigten Zuspruch unterstützen zu wollen.

F. Mitani.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik  
A. Schulz, Wasserthorstr. 34 (auch Theilzahlung). Keelle Waare garantiert.

### Cigarren- u. Tabak-Handlung

en gros en détail

Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“).  
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabake.  
Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten u. Tabake. Echt Nordhäuser Pantabak. [891]

### August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.  
Eigene Fabrik. Solidö Preise. Prompte Bedienung. 490

Preuss. Leihhaus,  
Beuthstr. 14,  
Aktien-Gesellschaft,

beleihet  
Waaren aller Art. [1017]

E. Mäch. m. Bett l. einw. Schönleinstr. 4, d. IV r.

Heute gr. Wurstfesten,  
wozu ergebenst einlabet  
1021] Max Bruch, Rotibuser Platz.

Arbeitsmarkt.  
Zweiter Meister in Steinigungs-Fabrik  
nach Amerika verlangt  
H. Spengler, [1018]  
Berlin, Dranten-Strasse 8.